

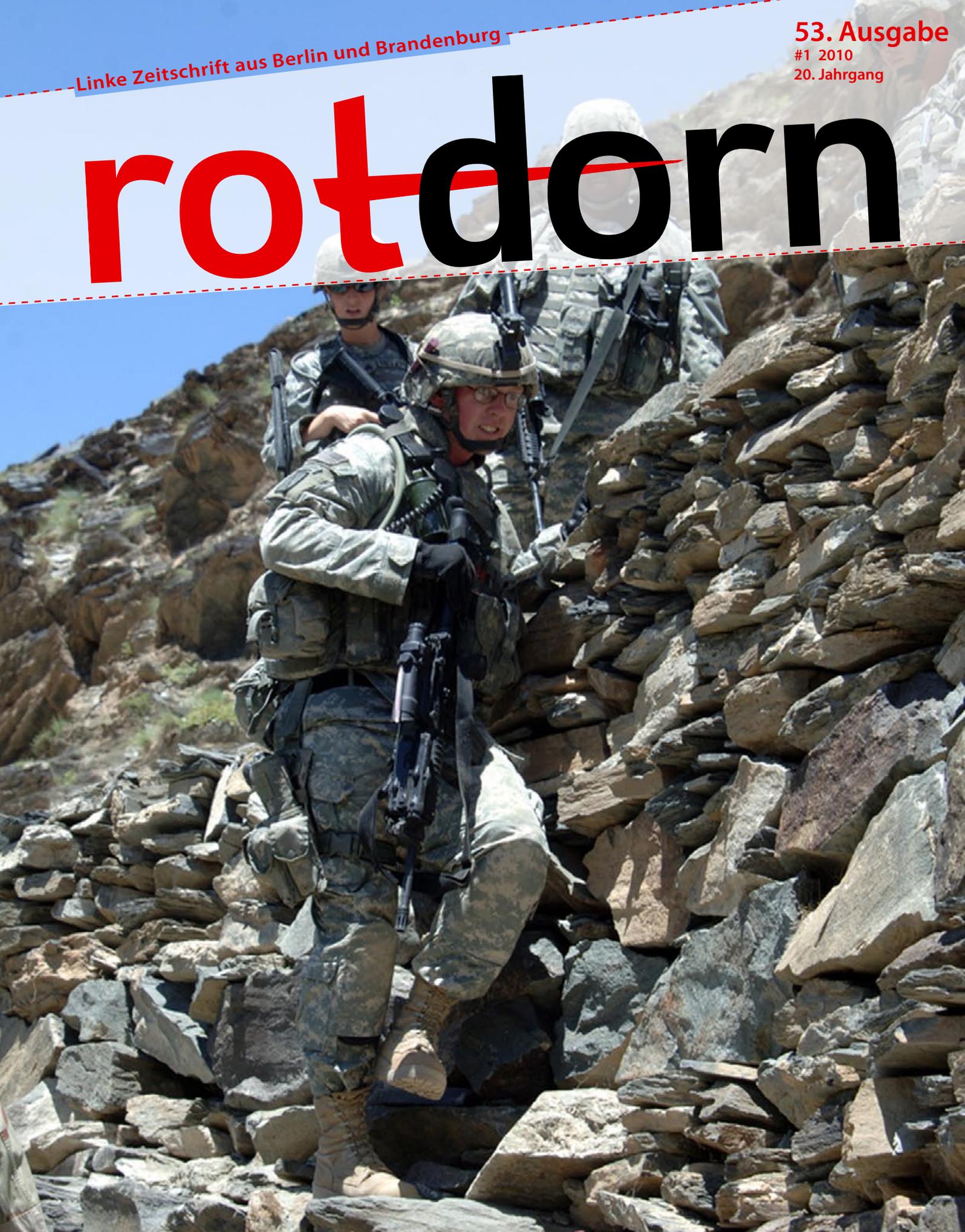
Linke Zeitschrift aus Berlin und Brandenburg

53. Ausgabe

#1 2010

20. Jahrgang

rot dorn



Schwerpunkt: Afghankrieg

[_Interview mit Mellow Mark](#) [_Bildungsstreik](#) [_Blockade von Nazidemos](#) [_Bankentribunal](#)

Inhalt

Schwerpunkt Afghanistan

Auf der Suche nach der Friedensbewegung	03
Interview mit Tobias Pflüger	05
Geschichte Afghanistans	07
Buchtip: Drachenläufer	10
Gedicht: Theodor Fontane - Das Trauerspiel von Afghanistan	11

Selbstverständnis

Rotdorn	12
Linksjugend [solid]	13

Musik

Interview mit Mellow Mark	14
---------------------------------	----

Antifa

Die Blockade von 6000 Nazis in Dresden am 13.2.2010	17
---	----

Bildung

Bildungstreik 2010	18
Studierende und Lehrende gemeinsam für bessere Bildung	20

Gesellschaft

Jeder kann etwas bewirken	21
---------------------------------	----

Wirtschaft

Das Urteil des Banktribunals von attac	22
Interview mit Prof. Peter Grottian über das Banktribunal	23

Lateinamerika

Der Widerstand gegen die Putschisten in Honduras ...	24
--	----

Brandenburg

Eine Bilanz nach einem halben Jahr rot-roter Landesregierung	26
---	----

Berlin

Arm, aber sexy	27
----------------------	----

Antimilitarismus

Die Verkürzung der Wehrpflicht	28
Vorstellung der Initiative »kehrt marsch«	30
Bundeswehr und Schulen	31

Kultur

Filmtipp: Birdwatchers	24
Filmtipp: Die Wolke	27
Buchtip: Parteinachwuchs	29
Liedtext: Freiheit? von Floh de Cologne	30
Gedicht: Das Tier in uns	35

Glosse

Die WM in Südafrika	33
---------------------------	----

Neusprech

Der Begriff Einzelfall	34
------------------------------	----

MACH MIT BEIM ROTDORN!

* Impressum

Rotdorn

erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 5 000 Exemplaren.

20. Jahrgang/ 53. Ausgabe

1. Ausgabe im Jahr 2010

Alle Artikel sind exklusiv für den Rotdorn geschrieben und sonst nirgends erschienen! Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht immer die Meinung der gesamten Redaktion wiedergeben.

V.i.S.d.P.

Die Rotdornredaktion

Herausgeber

Linksjugend [solid] Berlin
Linksjugend [solid] Brandenburg
www.linksjugend-solid-berlin.org
www.linksjugend-solid-brandenburg.de

Gestaltung

Körnchen

Kontakt

Rotdorn
c/o Linksjugend [solid]
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung

Inhaber: solid e.V.
Kontonummer: 43 93 85 1500
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn

Seit 1991 erscheint der Rotdorn dreimal jährlich mit einer Auflage von 5.000 - 10.000 Stück und versteht sich als linke Zeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Mit einer breiten Themenvielfalt und dem Rotdorn-Radio bieten wir vielfältige Möglichkeiten sich politisch zu engagieren:

- Einfluss auf redaktionelle Entscheidungen nehmen (jeder Artikel wird besprochen und braucht im Zweifelsfall eine Mehrheit der Redaktion)
- eigene Artikel und Bilder veröffentlichen
- Interviews mit politischen Persönlichkeiten oder Organisationen führen (Aufnahmegerät ist vorhanden und wird verliehen)
- Ideen, konstruktive Kritik oder eigene Themen einbringen
- Veranstaltungen organisieren
- Layout und Design des Rotdorns gestalten
- Musikvorschläge einbringen, Beiträge für das Rotdorn-Radio produzieren, während der Livesendung ins Radiostudio kommen und langsam eingearbeitet werden
- Glossen, Kolumnen, Gedichte oder Satiren schreiben und veröffentlichen
- Kontakte zu anderen politischen Organisationen knüpfen und Bündnisarbeit leisten
- gemeinsame Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen
- den Rotdorn verteilen

Dich erwartet ein aufgeschlossenes und kreatives Team beim Rotdorn. Alle Entscheidungen innerhalb der Redaktion werden demokratisch getroffen und es gibt keine Hierarchien. Es gibt keine Mitgliedschaft und alle, die anwesend sind, entscheiden mit. Jeder bringt sich nach seinen Vorstellungen und zeitlichen Möglichkeiten ein.

Wir treffen uns Donnerstags um 19.30 Uhr im Bundesbüro der Linksjugend.solid im Berliner Karl-Liebknecht-Haus (Kleine Alexanderstr.28 / Nähe U+S-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz, neben der Volksbühne). Es können Getränke mitgebracht und konsumiert werden. Du kannst uns eine E-Mail an rotdorn@gmx.de schreiben und wir informieren Dich über die Termine der nächsten Treffen.

Auf der Suche nach der Friedensbewegung

Mittlerweile kann sich die Bundesregierung nicht mehr um die Wahrheit herum mogeln: Deutschland befindet sich im Krieg. Täglich sind Bundeswehrsoldaten in den Afghanistankrieg verwickelt. Wie Bundeswehrsoldaten berichten, erreicht uns als Nachrichten nur die „Spitze des Eisberges“, nämlich wenn es Tote gegeben hat. Nach repräsentativen Umfragen sind etwa 70 Prozent der deutschen Bevölkerung gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Diese große Mehrheit hat aber in der „Volksvertretung“, dem Deutschen Bundestag, keine Entsprechung, da sich nur Die Linke seit Beginn des Krieges für den sofortigen Abzug der Truppen einsetzt. Gerade deswegen wäre außerparlamentarischer Druck besonders wichtig. Aber wo sind die über 500.000 Menschen, die im März 2003 gegen den drohenden Irakkrieg in Berlin demonstrierten? Wo sind die Hunderttausende, die in den 1980ern in Bonn gegen das atomare Aufrüsten auf die Straße gingen? Warum werden die 70 Prozent nicht für ihren Wunsch nach Frieden aktiv? Am 20. Februar 2010 fand die letzte bundesweite Demo gegen den Afghanistankrieg statt. Es waren nur einige Tausend gekommen. Die Friedensbewegung scheint tot zu sein. Woran liegt das? Wie bei allen politischen Fragen wird nach einem Bündel von Gründen zu suchen sein. Zwei von ihnen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Die Rolle der SPD und der Grünen

Wenn man sich die genannten positiven Beispiele für eine Beteiligung von einer halben Million Menschen bei Friedensdemonstrationen genauer anschaut, fällt auf, dass sowohl die SPD als auch die Grünen massiv die Friedensbewegung unterstützten. Erinnern wir uns an die Großdemo im März 2003 gegen den drohenden Irakkrieg. Schröder und Fischer hatten sich vehement gegen eine Beteiligung Deutschlands am Einmarsch in Irak gewandt und dies gut begründet. Peinlicher Höhepunkt der Demo war ein Mann mit dem Plakat „Danke Schröder“. Schließlich gewann Rot-Grün v.a. wegen der Haltung gegen den Irakkrieg ein letztes Mal die Bundestagswahl. Auch die Friedensdemos der 1980er waren maßgeblich von den Grünen und der SPD unterstützt und wurden so zu Massenveranstaltungen. Knicken jedoch die ehemaligen Friedensparteien ein, bleibt die Friedensbewegung schwach. Dies war auch schon während des Kosovokrieges 1999 zu beobachten. Die rot-grüne Bundesregierung war der Meinung, Belgrad ein drittes Mal im 20. Jahrhundert durch Deutschland bombardieren zu müssen. Obwohl es der erste Angriffskrieg Deutschlands seit 1945 war, blieben die Friedensaktionen überschaubar. Höhepunkt war eine Demo mit ca. 20.000 Teilnehmern, wobei die Hälfte in Deutschland lebende Serben waren.

Nun unterstützen Grüne und SPD von Anfang an den Afghanistankrieg. Schröder beteuerte den USA gegenüber eine „uneingeschränkte Solidarität“. Das hieß für die rot-grüne Bundesregierung, sich an dem Einmarsch in Afghanistan zu beteiligen. Anfangs wurde so getan, als ob die Bundeswehr nur Brunnen im Norden Afghanistans graben würde und Mädchenschulen eröffnen. Warum diese Aufgaben aber nicht von Experten wie dem Technischen Hilfswerk übernommen wurden, blieb unbeantwortet. Die dauerhafte Stationierung einer Armee musste irgendwie begründet werden. Jetzt fällt es schwer, die Unterstützung des



Friedensdemo in Berlin - Mitglieder der Bundestagsfraktion Die Linke u.a. Sevim Dagdelen, Ulrich Maurer, Dagmar Enkelmann

Kriegs als Fehler einzugestehen. Stattdessen orakelt man darüber, wann eventuell die Bundeswehr Afghanistan verlassen sollte. Aktuell ist „das höchste Angebot“ das Jahr 2014. Natürlich ist überhaupt nicht absehbar, wie sich die Lage in Afghanistan in den nächsten vier Jahren entwickeln wird.

Der Kampf gegen den Terror

Der Einmarsch in Afghanistan am 7. Oktober 2001 war eine unmittelbare Folge der Terroranschläge am 11. September 2001. Der damalige US-amerikanische Präsident Bush rief den „war on terror“ aus. Als Racheziel fiel die Wahl auf das Taliban-Regime in



Posen vor der Handykamera: Bundeswehrsoldat in Afghanistan

Afghanistan, das man durch eine Besetzung des Landes stürzen wollte. Tatsache ist jedoch, dass 15 der 19 Attentäter des 11. September 2001 Staatsbürger Saudi-Arabiens waren, einem Verbündeten der USA. Der maßgebliche Drahtzieher und Koordinator des Terroranschlags auf die Twin-Tower, Atta, kam sogar aus Hamburg.

Das Terrornetzwerk Al-Qaida hatte zwar Ausbildungscamps in Afghanistan. Weitere Ausbildungscamps unterhält sie aber bis heute in Pakistan, Jemen, Indonesien, Ägypten, im Sudan und weiteren Ländern. Selbst wenn die NATO alle diese Länder ebenfalls angreifen und besetzen würde, wäre es für Al-Qaida ein leichtes, in anderen Ländern neue Ausbildungscamps zu errichten. Ausbildungscamps kann man nicht durch Krieg bekämpfen!

Die Abwendung von Terrorgefahr ist seit Beginn des Afghanistankrieges die Hauptbegründung für den Einmarsch. Werfen wir einen Blick auf die Tatsachen: Nach dem Einmarsch in Afghanistan kam es zu zwei maßgeblichen Terroranschlägen

in Europa. Zunächst detonierten am 11. März 2004 in Madrid in zehn eng besetzten Vorortzügen Bomben. Es kamen 191 Menschen ums Leben, 2051 wurden verletzt, 82 davon schwer. Nachdem anfangs die ETA verdächtigt wurde, entpuppte sich bald die fundamentalistische Terrorgruppe „Islamische Kampfgruppe Marokkos“ (GICM) als für die Anschläge verantwortlich. Als Motivation für ihre Anschläge gaben die Terroristen die Beteiligung Spaniens an dem Irakkrieg an. Es wurden 20 Marokkaner und 2 Inder verhaftet. Schließlich wurden am 31. Oktober 2007 21 Terroristen verurteilt. Die Ermittlungen kamen zu dem Schluss, dass es „keine direkten oder erkennbaren Verbindungen zwischen den Terroristen und Al-Qaida gab.“



„Verteidigungs“minister Karl-Theodor zu Guttenberg: „Tod und Verwundung sind Begleiter unserer Einsätze geworden, und sie werden es auch in den nächsten Jahren sein, nicht nur in Afghanistan.“ (auf einer Trauerfeier im April 2010)

Am 7. Juli 2005 kam es in London zu weiteren Terroranschlägen. Wieder wurde das Öffentliche Nahverkehrsnetz zum Anschlagziel. In drei U-Bahn-Zügen und einem Doppeldeckerbus explodierten Bomben. Dabei wurden 56 Menschen ermordet und über 700 Menschen verletzt, teilweise schwer. Alle 4 Attentäter lebten in England. Drei von ihnen waren Briten mit pakistanischem Migrationshintergrund. Der 18-jährige Hasib Hussain, der 22-jährige Shehzad Tanweer und der 30-jährige Mohammad Sidique Khan kamen aus Leeds. Der 19 Jahre alte Germaine Lindsay wurde in Jamaika geboren und lebte in Aylesbury. Als Begründung für ihren Terror gaben alle Vier die Beteiligung Großbritanniens an den Kriegen im Irak und Afghanistan an. In dem Bekennervideo von Mohammad Sidique Khan klagt er die britische Gesellschaft und die Regierung an, unmittelbar für die Attentate verantwortlich zu sein und bezeichnet sich als Soldat.

Festzuhalten bleibt, dass der Afghanistankrieg weder diese Anschläge verhindern konnte, noch Afghanistan oder afghanische Bürger in irgendeiner Weise darin verwickelt waren. Im Gegenteil, die Besetzung Afghanistans führte zu den Terroranschlägen, bei denen hunderte unschuldige Menschen ermordet wurden. Die Wut auf den Westen wird durch die Besetzung des Iraks und Afghanistans geschürt, so dass sogar „eigene“ Staatsbürger, wie im Falle der Londoner Anschläge, zu Terroristen wer-

den. Massaker der NATO in Afghanistan, wie die Ermordung von 142 unbewaffneten Zivilisten im Kundusflußtal durch 2 Bombenflugzeuge am 4. September 2009, bekämpfen nicht den Terror, sondern fördern ihn. Die Kriegs begründung Nr.1 ist absurd. Nicht „die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“, wie es Ex-Kriegsminister Struck (SPD) formulierte, sondern das Leben der Menschen in Afghanistan und Deutschland wird durch den Bundeswehreininsatz in Afghanistan täglich aufs Spiel gesetzt. Die beste Prävention von Terroranschlägen ist der Abzug der Truppen und die Beendigung des Krieges!

Fazit

Wie viele Zivilisten in Afghanistan und Bundeswehrsoldaten müssen noch sterben, bis eine starke Friedensbewegung die Bundesregierung zum Abzug der Truppen zwingt? Sind 42 tote Bundeswehrsoldaten (Stand 22. Mai 2010) nicht genug? Die 70 Prozent aller Deutschen, die den Afghanistankrieg ablehnen, müssen endlich ihre Stimme erheben. Den Friedensaktivisten kommt dabei die Rolle zu, über den schwer zu durchschauenden Afghanistankrieg aufzuklären. Auch die Wahl der politischen Mittel gehört auf den Prüfstand. Vielleicht sind Latschdemos an Wochenendnachmittagen einfach nicht attraktiv genug, um

eine größere Menge zu motivieren. Blockaden von Militärstützpunkten und Militärflughäfen (wie der Nachschubbasis der US-Army in der Nähe Leipzigs) wären z.B. ein tatsächlicher Beitrag zum Frieden.

Der Befehlshaber aller NATO-Besatzungstruppen, der US-General Stanley McChrystal, kündigte das Jahr 2010 als ein „kritisches Jahr“ an. Für den Sommer ist bereits eine Großoffensive der NATO-Truppen im Norden Afghanistans angekündigt, wo die Bundeswehr stationiert ist. Der innenpolitische Konflikt um den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird sich mit Sicherheit verschärfen. Dabei hat die Verunglimpfung der Friedensbewegung schon begonnen. So wurde beispielsweise Die Linke bereits nach ihrer Protestaktion im Bundestag als Helfer der Taliban beschimpft. Das Pathos nach der Rückführung der Särge der in Afghanistan gestorbenen Bundeswehrsoldaten war von Merkel bis zur BILD nicht zu überbieten. Die Soldaten seien „für uns gestorben“. Es wird ein scharfer politischer Konflikt um die Beendigung des Afghanistankrieges werden. Wir sollten darauf vorbereitet sein und ihn mit aller Kraft aufnehmen.

sk



Terroranschlag am 11. März 2004 in Madrid auf einen Vorortzug



Terroranschlag am 7. Juli 2005 in London auf einen Doppeldeckerbus

„Der Krieg wird nur noch deswegen geführt, damit die NATO als Organisation überlebt.“

Interview mit dem Friedensaktivisten Tobias Pflüger

Tobias Pflüger ist 1965 in Stuttgart geboren. Er initiierte 1996 die Gründung der Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI). Von 1997 bis 2003 war er Mitherausgeber und häufiger Autor der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung *Graswurzelrevolution*. Seit Ende 2002 ist der Tübinger Friedensaktivist aktives Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des globalisierungskritischen Netzwerks *Attac*. Bei der Europawahl 2004 kandidierte er als parteiloser Kandidat auf der Liste der PDS, für die er anschließend ins Europaparlament einzog. Im Mai 2008 trat er in deren Nachfolgepartei *Die Linke* ein. Für die Europawahl 2009 wurde Pflüger am 1. März 2009 auf dem Europaparteitag der Linken auf Listenplatz 10 gewählt und verfehlte knapp den Wiedereinzug ins Parlament, da seine Partei acht Mandate errang.



Tobias Pflüger in Aktion

Das Interview entstand im Rahmen unserer Radiosendung *Rotdorn Radio*. Sowohl die Fragen als auch die Antworten sind stark gekürzt. Das vollständige Interview ist als .mp3-File auf unserer Homepage www.rotdorn.org zu hören.

Rotdorn Radio: Der Afghanistankrieg dauert seit dem 7. Oktober 2001 an. Wie sieht Deine Bilanz aus?

Tobias Pflüger: Die Situation in Afghanistan ist inzwischen schlechter als zum Zeitpunkt des Einmarsches. Vielen Menschen geht es schlechter und in weiten Teilen Afghanistans findet ein tödlicher Krieg statt. Insgesamt kann man sagen: Afghanistan befindet sich in einer völlig desolaten Situation. Die NATO und die Bundeswehr sind ganz wesentliche Eskalations- und Kriessakteure.



Die Karre steckt im Dreck!

Rotdorn Radio: Wie ist es zu erklären, dass sich die Situation in Afghanistan verschlechtert hat?

Tobias Pflüger: Im Grunde genommen geht es um zwei Phänomene. Erstens wurde die Situation in Afghanistan und die Rolle der Bundeswehr in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nie richtig vermittelt. Am Anfang hat es vor allem sehr viel Propaganda gegeben, als Bundeskanzler Schröder a.D. im Jahre 2001 von der sog. „uneingeschränkten Solidarität“ gegenüber den USA gesprochen hatte. Niemandem war es wirk-

lich bewusst, dass dort Krieg herrscht und das Bundeswehrsoldaten in einen Krieg geschickt werden. Denn Aufbauarbeit findet heute kaum noch statt. Zweitens ist der afghanischen Bevölkerung zunehmend bewusst, dass ihnen ein System übergestülpt werden soll. Dagegen gibt es Widerstand, da viele Afghanen das westliche Modell nicht befürworten. Die gewaltsame Art und Weise der NATO-Truppen facht den Widerstand erst richtig an.

Rotdorn Radio: Das heißt, die Besatzungstruppen sind der Grund dafür, dass sich die Situation verschlechtert hat?

Tobias Pflüger: Die Besatzung ist sogar der eigentliche Grund vieler Afghanen, sich zu wehren, da die NATO-Truppen brutal und rücksichtslos auftreten. Ein Beispiel: Es wurden regelmäßig Obstbäume gefällt, damit die NATO-Truppen mit ihrem schweren Kriegsgesetz durch enge Pässe und Straßen fahren konnten. Da diese Obstbäume jedoch die Lebensgrundlage vieler ortsansässiger Afghanen waren, regte sich der Widerstand gegen die Besatzer. Beim nächsten Durchfahren war die Straße vermint.

Rotdorn Radio: Kannst Du eine Einschätzung abgeben, wie viele Soldaten und Zivilisten im Afghanistankrieg bisher gestorben sind?

Tobias Pflüger: Die Opfer auf Seiten der Zivilbevölkerung werden nicht gezählt. Beim Massaker von Kundus im Herbst 2009 soll es aber beispielsweise um die 150 zivile Opfer gegeben haben. Die NATO zählt nur ihre Toten. Die Bundeswehr hat bisher 42 Soldaten verloren.

Rotdorn Radio: Der amtierende afghanische Präsident Karsai, der vom Westen eingesetzt wurde, artikuliert sich in letzter Zeit immer wieder gegen die NATO-Truppen. Bietet Karsai Möglichkeiten, zu einem Frieden in Afghanistan zu kommen?

Tobias Pflüger: Karsai hat seine Macht durch Warlords, Korruption und Klüngel gefestigt. Sein Bruder ist einer der größten afghanischen Drogenhändler. Karsai genießt kein wirkliches Vertrauen in der afghanischen Bevölkerung. Insofern versucht Karsai im Moment nur, seine Position in der afghanischen Bevölkerung zu festigen, um selbst an der Macht zu bleiben.

Rotdorn Radio: Die deutsche Bundesregierung nennt den Afghanistaneinsatz nun auch Krieg. Kann der Begriff Krieg die deutsche Bevölkerung erschrecken?

Tobias Pflüger: Die Kriegswilligkeit der bundesdeutschen Bevölkerung ist nach wie vor nicht vorhanden. Deshalb versucht die Bundesregierung mit den getöteten deutschen Soldaten, Kriegspropaganda zu be-



»Ausbildung« der Besatzungshilfstruppen



Strategisch noralgische Punkte: Bergpässe in Afghanistan

treiben, um eine Akzeptanz für den Afghanistankrieg herzustellen.

Rotdorn Radio: Repräsentative Umfragen belegen, dass bis zu 75% der Deutschen gegen den Afghanistankrieg sind. Trotzdem scheint die Friedensbewegung tot zu sein. Worin liegen die Gründe dafür?

Tobias Pflüger: Sehr viele Menschen sind verunsichert, was das Thema Afghanistan angeht. Viele sind zwar gegen diesen Krieg, wissen aber nicht, wie es besser gehen könnte. Da muss die Friedensbewegung klar formulieren, dass mit dem Abzug der NATO und der Bundeswehr sich neue Türen öffnen würden. Denn nur so kann eine weitere Eskalationsspirale verhindert werden.

Rotdorn Radio: Brauchen wir vielleicht auch neue Formen des zivilen Ungehorsams?

Tobias Pflüger: Die Infrastrukturen des Krieges haben wir alle vor Ort: das sind Bundeswehr-, US- sowie britische Kasernen oder auch die Flughäfen. Eine Besetzung dieser Infrastruktur kann auf den Afghanistankrieg weiter aufmerksam machen. Wir müssen in den Aktionsformen und in der konkreten Aufklärungsarbeit kreativer werden.

Rotdorn Radio: In der US-Friedensbewegung spielten immer die Angehörigen der toten Soldaten eine große Rolle. Kennst Du diesbezüglich einen Fall aus Deutschland?

Tobias Pflüger: Der Bundeswehrführung gelang es bisher, die Angehörigen der getöteten Soldaten unter Kontrolle zu halten. Es wird spannend zu beobachten sein, wenn es weitere tote Bundeswehr-Soldaten gibt, ob es der Bundeswehrführung gelingt, dies weiterhin unter Kontrolle zu halten.

nend zu beobachten sein, wenn es weitere tote Bundeswehr-Soldaten gibt, ob es der Bundeswehrführung gelingt, dies weiterhin unter Kontrolle zu halten.

Rotdorn Radio: Wie schätzt Du die Terror-Gefahr für Deutschland ein?

Tobias Pflüger: Wenn die Bundeswehr und die NATO weiterhin für Terror in Afghanistan sorgen, dann kann es auch vermehrt Terroranschläge in Deutschland geben. Ein Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan wäre auch diesbezüglich ein Beitrag zum Frieden und gegen den Terror.

Rotdorn Radio: Wieso ist es eigentlich nicht möglich Afghanistan militärisch zu beherrschen?

Tobias Pflüger: Das hängt mit der Infrastruktur, der gesellschaftlichen Struktur und der politischen Struktur Afghanistans zusammen. Das postkoloniale Denken des Westens erzeugt Widerstand. Es wird auch keine Rücksicht auf die Bedingungen vor Ort genommen.

Rotdorn Radio: Wenn der Krieg nicht zu gewinnen ist, wieso führt man dann diesen Krieg überhaupt noch weiter?

Tobias Pflüger: Innerhalb der NATO wird es offen formuliert: wenn die NATO diesen Krieg verliere, habe die NATO als Organisation keine Zukunft mehr. Insofern wird der Krieg nur noch deswegen geführt, damit die NATO als Organisation überlebt.



Das Thema Afghanistankrieg im Rotdorn Radio:

Rotdorn Radio vom 12. April 2010 >> Der Afghanistankrieg

Rotdorn Radio vom 12. Mai 2008 >> Aktuelles über den Afghanistankrieg

Rotdorn Radio vom 10. September 2007 >> Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Rotdorn Radio vom 13. August 2007 >> Die Situation in Afghanistan

Rotdorn Radio vom 20. November 2006 >> Die Auslandseinsätze der Bundeswehr

alle Sendungen zum download auf www.rotdorn.org

Anzeige

Clara.

Das Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Mit Interviews, aktuellen nationalen und internationalen Themen, Hintergrundberichten und Reportagen aus dem Inneren des Deutschen Bundestages. Clara. und andere Publikationen **kostenfrei abonnieren** unter 030 227-51170 oder auf www.linksfraktion.de/

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Afghanistan - Land ohne Hoffnung, Krieg ohne Ende

Der Artikel will durch die Darstellung der letzten 90 Jahre afghanischer Geschichte die Komplexität und Vielschichtigkeit des „afghanischen Problems“ deutlich machen. Das Land ist Jahrhunderte lang durch die um Vorherrschaft streitenden, ethnischen und religiösen Gruppen im Innern geprägt und durch die geopolitischen Interessen der Großmächte und Nachbarstaaten zerrüttet. Krieg und Bürgerkrieg sind Produkt der Welt- und Regionalgeschichte.

Das Mine Action Center, eine Institution der Vereinten Nationen, geht davon aus, dass es mindestens zwanzig Jahre dauern würde, ehe Afghanistan von Minen geräumt sein wird, vorausgesetzt, es werden keine neuen Minenfelder mehr angelegt. Bis dahin werden täglich Menschen, insbesondere Frauen und Kinder auf dem Land, ihr Leben oder ihre Gesundheit durch explodierende Sprengkörper verlieren. Ob die Zivilbevölkerung Opfer amerikanischer, deutscher, französischer oder russischer Sprengwaffen wird, ist den Hinterbliebenen und Verstümmelten gleichgültig, den konkurrierenden Rüstungskonzernen jedoch nicht, denn jede neue Mine bedeutet Profit.

Einige Daten zu Afghanistan

Dieses über 30 Jahre durch Krieg und Bürgerkrieg geschundene Land ist etwa doppelt so groß wie Deutschland (652 090 qkm), hat aber nur ein Drittel an Einwohnern wie die Bundesrepublik. Weniger als 10% der Landesfläche liegen unterhalb von 600m über dem Meeresspiegel. Die Gebirge des Hindukusch (bis zu 7.500m hoch) und des Sefid Kuh erstrecken sich über weite Teile des Landes. Rund 75% der etwa 25 Millionen Afghanen leben auf dem Lande. Nur sechs Städte haben mehr als hunderttausend Einwohner, davon der Großraum der Hauptstadt Kabul allein 5 Millionen.

Viele Ethnien und Volksstämme siedelten vor Jahrhunderten in den fruchtbaren Hochgebirgstälern und Hochebenen Afghanistans. Die größte und historisch bedeutendste Volksgruppe sind die Paschtunen, historisch „Afghanen“, die Namensgeber des Landes. Man zählt rund die Hälfte der Bevölkerung zu dieser Volksgruppe, darunter auch die afghanischen Nomadenstämme. Die Tadschiken sind die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe (rund ein Viertel). Sie stellen im engeren Sinne keine Ethnie dar, sondern sind ein Sammelbegriff für die persischsprachige Bevölkerung sunnischen Glaubens im Westen und Norden Afghanistans. Sie stellen meist die Mehrheit der Einwohner in den Städten. Der Volksstamm der Hazara (ca.10% der Afghanen) spricht ebenfalls persisch, aber ist schiitischen Glaubens wie die meisten Iraner.

Daneben siedelten auch viele Turkvölker, wie Usbeken, Turkmenen, Aimaken, Kirgisen und andere kleine Volksstämme mit ihren eigenen Sprachen auf afghanischem Gebiet. Das Land gehört zu den ärmsten der Welt, obwohl es reich an Bodenschätzen ist. Kupfer, Eisenerze und seltene Stoffe wie Lithium findet man im afghanischem Boden. Mit ihren kostbaren Teppichen und Textilien befinden sich die Afghanen schon Jahrhunderte auf dem Weltmarkt.

Ein Blick in die Geschichte

Afghanistan ist schon Jahrhunderte lang von den jeweiligen Großmächten als wichtiges strategisches Einflussgebiet betrachtet worden. Das osmanische Reich, das zaristische Russland, das britische Empire, sie alle wollten in Afghanistan Fuß fassen. Großbritannien führte zwei relativ erfolgreiche Eroberungskriege, um Afghanistan zu seiner Kolonie zu machen.

Seit dem Ende des zweiten britisch-afghanischen Krieges 1881 war Afghanistan mit seinen damals rund 5 Millionen Einwohnern britisches Protektorat. Afghanische Politik wurde von London aus betrieben und das Emirat, als eine schwache Zen-



Massenhafte Minen gefährden täglich Zivilisten

tralmacht, wurde durch die Briten finanziell und militärisch am Leben erhalten. Das Herrscherhaus wollte keine ausländischen Berater, keine ausländischen Fachleute im Land. So wurde die relative innere Selbständigkeit mit wirtschaftlicher und technischer Rückständigkeit erkaufte.

Das arme Land mit den steilen Bergketten und Pässen des Hindukusch wurde von den einzelnen Ethnien in ihren Stammesgebieten so gut wie selbständig regiert. In der Hauptstadt Kabul herrschte, wie gegenwärtig noch, der Stamm der Paschtunen, der auch die Emire stellte. Die Paschtunen versuchten oft vergeblich, sich die anderen Stämme Untertan zu machen.

1919 wurde der Emir auf der Jagd erschos-





Nach allen Seiten feuerbereit und trotzdem ohne militärische Erfolge - Die NATO in Afghanistan

sen und sein jüngster Sohn erlangte handstreichartig den „Königsthron“. Kaum an der Macht, erklärte der junge Emir Amanullah gegenüber dem englischen Vizekönig die Unabhängigkeit Afghanistans. Nach kurzen Kampfhandlungen zogen sich die Briten kriegsmüde aus Afghanistan zurück und Emir Amanullah wurde dadurch zum Volkshelden.

Die ersten Reformversuche

In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts versuchte Amanullah mit Hilfe eines ehrgeizigen Reformprogramms die mittelalterliche Stammesgesellschaft seines Emirates zu einem modernen Staat umzugestalten. Er schaffte die Sklaverei ab, gab dem Land erstmals eine Verfassung und führte für die afghanischen Stämme die Steuerpflicht ein. Amanullah sorgte für die Trennung von Religion und Staat und für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Überall wurden in dieser Zeit Schulen gebaut. Die Jung-Afghanen, wie sich die Reformen nannten, wollten, ähnlich wie in Ägypten die islamische Reformbewegung dieser Zeit, auf dem religiösen Fundament aufbauend, europäische Bildung, Wissenschaft und Technik nach Afghanistan holen. Amanullah und seine Reformer schauten jedoch nicht allein nach Europa, sondern beobachteten sehr genau die Reformen Atatürks in der aus dem osmanischen Reich hervorgegangenen Türkei und die Reformbemühungen Reza Schahs in Persien.

1927/28 besuchte das Herrscherpaar Europa. Der Zweck der Reise sollte vor allem darin bestehen, politische und wirtschaftliche Kontakte für die Modernisierung Afghanistans zu knüpfen. Der König besichtigte Fabrikanlagen, Schulen, Feuerwehrstützpunkte und Wohlfahrtsanstalten. Er studierte geradezu das öffentliche Leben der Länder, deren Gäste seine Gemahlin und er waren.

Nach der Rückkehr aus Europa wurde die Neuorganisation des Militärs und des Unterrichtswesens veranlasst. In einem Gespräch im engsten Regierungskreis stellte der Emir 1928 fest, dass Großbritannien der natürliche Gegner und Sowjetrußland der natürliche Freund Afghanistans sei. Amanullah Chan verbot das Tragen der Burka und erlaubte den Frauen, ohne Schleier in der Öffentlichkeit zu wirken. Leidenschaftlich geißelte er die Rückständigkeit fanatischer Mullahs. Seine Frau Soraya tritt als gläubige Muslimin in der Öffentlichkeit für die Rechte der islamischen Frauen ein: „Ihr afghanischen Frauen repräsentiert 50 Prozent der Bevölkerung dieses Landes. Aber dennoch werdet Ihr in eurem eigenen Land kaum beachtet. Ihr müsst Euch emanzipieren, ihr müsst Lesen und Schreiben lernen, ihr müsst an den Ereignissen in eurem geliebten Heimatland teilnehmen!“ (aus: Feature, Deutschlandfunk, 26.12.09, 12.10 Uhr)

Das vorläufige Ende der Reformen

Schon im November 1928, knapp vier Monate nach Amanullahs Rückkehr nach Afghanistan, erhob sich der Stamm der Shinwari gegen das Herrscherpaar, plünderte die Winterresidenz des Königs in Djalalabad und tötete Hunderte von königstreuen Soldaten. Der Aufstand breitete sich schnell unter der Führung eines ungebildeten, aber streng gläubigen tadschikischen Stammesfürsten aus. Der Emir sah sich gezwungen, einen Großteil seiner Reformgesetze öffentlich zurückzunehmen.

Auch wenn die Stammesführer und Mullahs, die ihre Autonomie und ihre Pfründe durch die königlichen Reformen beschnitten sahen, den Aufstand unterstützten, wäre dieser ohne das Geld und die Waffen der englischen Krone beherrschbar gewesen. So jedoch musste der Reformkönig Amanullah Anfang 1929 zurücktreten. Eine Gewaltwelle überflutete das Land, Schulen, Hospitäler und Königspaläste gingen in Flammen auf. Erst vier Jahre später kam das Land wieder zu einer relativen Stabilität.

Ein neuer Aufbruch

Mehr als zwanzig Jahre herrschte zwischen dem neuen König, dem Sohn eines Putschgenerals aus paschtunischem Herrscherhaus, und den Stammesführern der vielen Volksgruppen ein Machtgleichgewicht und dadurch bedingt ein Reformstau.

Als 1933 der 19jährige Sahir Schah zum König erklärt wurde, übernahmen eigentlich die Brüder seines Vaters als seine Ministerpräsidenten die Herrschaft. Erst in den fünfziger und sechziger Jahren befreite sich der in Frankreich ausgebildete König vom Einfluss seiner mächtigen Familienältesten und holte sowjetische Spezialisten ins Land, um die mittelalterliche Infrastruktur zu überwinden. Außenpolitisch hielt sich Sahir Schah immer stärker an Sowjetrußland. Er zeigte sich vom Westen enttäuscht, aufgrund der Weigerung Pakistans und seiner Schutzmacht Großbritannien, die willkür-



Welten prallen aufeinander



Afghanistan: Massengrab für Großmächte

liche koloniale Grenzziehung der Briten im 19. Jahrhundert zwischen Afghanistan und der Kronkolonie Indien, mitten durch das Stammesgebiet der Paschtunen, im Sinne Afghanistans zu revidieren.

1964 ließ Sahir Schah die Loja Dschirga (große Ratsversammlung) eine neue Verfassung verabschieden, die zum ersten Mal Parteien erlaubte und das Land in eine konstitutionelle Monarchie umwandeln sollte. Frauen durften wieder Schulen besuchen und erhielten das Wahlrecht.

Während im Sommer 1973 der König zu einer Kur in Italien weilte, putschte sein Cousin Mohammed Daoud Khan unblutig mit Hilfe der Militärs und rief die Republik aus. Selbst ernannte er sich zum Präsidenten.

Auf dem Weg zum Einparteiensstaat

Daoud Khan wurde politisch am Beginn seiner Regierungszeit von der kommunistischen Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA, die als Kommunistische Partei erst 1978 von den Bruderparteien anerkannt wurde) unterstützt, deren Mitglied der „Paschtunenfürst“ selbst war. Seine Regierung baute zuerst auf die Unterstützung der Sowjetunion, jedoch rückte Daoud Khan bald von diesem Bündnis ab und wandte sich eher Ägypten, Saudi-Arabien und dem Schahregime im Iran zu. Mit Hilfe des persischen Schahs und den USA konnte er auch den Grenzstreit mit Pakistan beilegen.

1976 gründete Daoud Khan seine eigene Partei und ließ ein Jahr später die Loja Dschirga eine neue Verfassung verabschieden, die Afghanistan in einen Einparteiensstaat verwandelte. Dies führte zum Verbot der Kommunistischen Partei (DVPA).

1978, anlässlich der Beerdigung eines ermordeten, paschtunischen Führers demonstrierten mehr als 10 000 Menschen gegen den Präsidenten Daoud Khan und seine Regierung. Daraufhin wurden die Führer der DVPA inhaftiert.

Der Staatsstreich von 1978

Viele afghanische Offiziere erhielten in der Sowjetunion ihre Ausbildung und standen deshalb der DVPA nahe. Angesichts der nach den Demonstrationen einsetzenden Verhaftungen von kommunistischen Funktionären entstand in der Armee Unruhe. Teile des Heeres und die Luftwaffe griffen am 27. April 1978 regierungstreue Truppen an und besetzten das Regierungsviertel von Kabul. Deshalb spricht man auch von der „April-Revolution“. Daoud Khan und der größte Teil seiner Familie wurden gefangen genommen und einen Tag später erschossen. Offiziell hieß es, er sei aus „gesundheitlichen Gründen“ zurückgetreten. Einer der bis dahin in Haft befindlichen kommunistischen Parteiführer des dogmatischen Flügels, der Journalist Nur Muhammad Taraki, wurde zum Vorsitzenden des Revolutionsrates und zum Ministerpräsidenten ausgerufen. Mit Hafizullah Amin, den er zum Chef des Geheimdienstes machte und Babrak Karmal, der stellvertretender Mini-

sterpräsident wurde, begann Taraki eine radikale Umgestaltung und Modernisierung des Landes, die endlich die alten Machtverhältnisse aufbrechen sollten. Es galt die anachronistischen Sozialstrukturen (etwa 90% der Bevölkerung waren Analphabeten) und einen inkompetenten Verwaltungsapparat zu reformieren. Der britische „Independent“ schrieb: „Wenn jemals ein Land eine Revolution nötig hatte, dann war es Afghanistan!“

Die „Revolutionsregierung“ führte eine Bodenreform durch, verkündete die Gleichbehandlung der Ethnien, die Frauenemanzipation und die Schulbildung für alle. Das Reformprogramm sorgte auch für die Trennung von staatlicher Gewalt und religiöser Macht der Mullahs. Jedoch blieb die allgegenwärtige Korruption im Staate an der Tagesordnung.

Gegen diesen Land- und Machtverlust organisierten die bislang privilegierten Stammesführer und die religiösen Fanatiker (Islamisten) Widerstand und es bildeten sich in kurzer Zeit mit ausländischer Hilfe über 30 bewaffnete Mudschaheddin-Gruppen in dem unwegsamen Land. Man rief den heiligen Krieg gegen ein atheisstisches, von Moskau gelenktes kommunistisches Regime aus. Zunehmend herrschten Einschüchterung, Gewalt und Unterversorgung im Land. Der 65jährige Taraki ernannte den 16 Jahre jüngeren und für seinen harten Führungsstil bekannten Hafizullah Amin zum Regierungschef.

Der in der Nähe Kabuls geborene Paschtune Hafizullah Amin studierte und promovierte in den USA und wurde Ende der sechziger Jahre einer der Führer der streng leninistischen Fraktion der DVPA. Als einer der entscheidenden Drahtzieher des Staatsstreiches strebte er mit aller Macht danach, Afghanistan so schnell wie möglich in ein „sozialistisches“ Land des Ostblocks zu verwandeln. Schon nach 17 Monaten, im September 1979, zwang Hafizullah Amin Muhammad Taraki zum Rücktritt von seinen Ämtern und Amin übernahm diese selbst. Einen Monat später meldete die „Kabul Times“ Taraki sei an einer schweren Krankheit verstorben.

Der russische Einmarsch und die Folgen

Die Sowjetunion reagierte zunächst nicht auf den Regierungswechsel in Kabul. Da jedoch Amin den immer mehr um sich greifenden Bürgerkrieg nicht einzudämmen vermochte, fürchtete die russische Regierung, er könne sich um Hilfe an die USA wenden und es käme letztlich zur Stationie-





Am 24. Dezember 1979 begann der Einmarsch russischer Luftlandetruppen. Damit fand eine Entspannungs- und Abrüstungsphase ein jähes Ende. Der Kalte Krieg erreichte erneut einen Höhepunkt und der Rüstungswettlauf wurde energisch wieder aufgenommen. Spätestens durch die Intervention wur-

der DVPA Babrak Karmal als neuen Präsidenten ein. Er war damit in 20 Monaten der dritte Präsident der Demokratischen Volksrepublik Afghanistan. Als er dann offiziell Moskau um die Entsendung von Truppen „bat“, befanden sich bereits mehr als 15.000 russische Soldaten im Land.

Während Karmals Amtszeit formierte sich angesichts von rund 110.000 Besatzern landesweit entgültig der islamisch-nationale Krieg gegen das Regime.

Klaus Körner

derung von US-Streitkräften an ihrer Grenze. Auch die Gefahr eines Übergreifens der Re-Islamisierung auf die südasiatischen Sowjetrepubliken (Usbekistan, Tadschikistan etc.), begünstigt durch die rasche Ausbreitung des gewaltsamen islamischen Widerstandes in Afghanistan, veranlasste die Krenlführung zum Handeln. Truppen des russischen Geheimdienstes (KGB) wurden in der Sowjetbotschaft in Kabul stationiert. Sie sollten die Lage sondieren, wenn möglich, den „unzuverlässigen“ Amin heimlich liquidieren und für alle Fälle einen Einmarsch der russischen Armee vorbereiten.

de aus dem afghanischen Bürgerkrieg ein Krieg der Blöcke, in dem imperiale Interessen von Ost und West den Kampf um notwendige nationale Reformen im Land instrumentalisieren.

Moskau strebte die Stabilisierung des Regierungsapparates und der Armee an, aber ohne Amin an der Regierungsspitze. Russische Spezialtruppen stürmten den Präsidentenpalast. Bei diesem Feuergefecht starb Hafizullah Amin. Die Sowjets setzten den Juristen, ehemaligen Studentenführer und Repräsentant des gemäßigten Flügels



Fortsetzung des Artikels im Zeitungsarchiv auf www.rot-dorn.org:

»Vom bewaffneten Widerstand gegen die russischen Besatzer bis zur Gegenwart« auf 4 weiteren Seiten

Buchtip

„Für dich – tausendmal!“

Kein Zitat aus dem Buch „Drachenläufer“ von Khaled Hosseini beschreibt wohl besser die innige und tiefe Freundschaft zwischen den zwei afghanischen Jungen Amir und Hassan. Desto schmerzhafter ist es für den Leser, als Amir diese Freundschaft an einem Wintertag im Jahr 1975 verrät und sie eines grausamen Grundes wegen zerbricht.

Zunächst scheint es die typische Geschichte eines jeden Romans zu sein: während Amir mit seinem Vater in einer Villa in Kabul lebt, eine gute Schulbildung genießt, sich um Geld keine Sorgen machen muss und zum Volk der Paschtunen (Sunniten) gehört, ist Hassan gemeinsam mit seinem Vater als Diensthote in der Villa von Amirs Vater angestellt, gehört der ethnischen Minderheit der Hazara an und ist im Gesicht auch noch durch eine Hasenscharte entstellt. Doch gerade diese unterschiedlichen Leben der beiden Jungen zeigen dem Leser ein anderes, uns unbekanntes Afghanistan, das noch nicht von Besetzung und Krieg dominiert ist. Der Leser taucht in den afghanischen Alltag ein, in die Werte und Bräuche eines einst wundervollen Landes

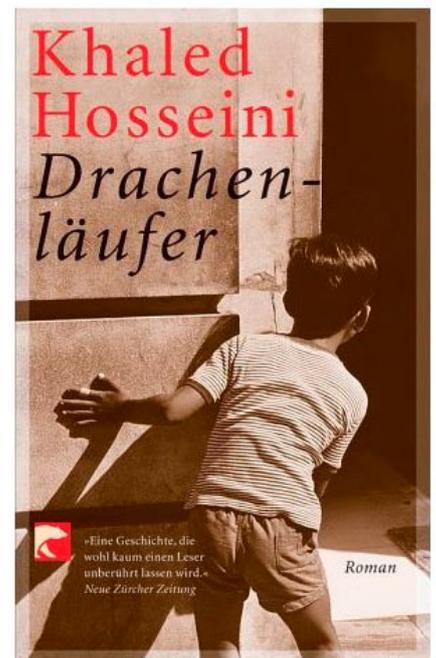
und auf einmal wird einem bewusst, wie viel durch die ständige Besetzung, sei es durch die Briten, die Sowjetunion oder die Amerikaner, zerstört wurde!

Nach dem Verrat von Amir trennen sich die Leben der beiden Jungen, jeder erlebt die Besetzungszeit und das Regime der Taliban auf unterschiedliche Art und Weise. Erst als erwachsener Mann bekommt Amir, der bereits in den USA lebt, verheiratet ist und als Schriftsteller arbeitet, die Chance, seinen Fehler wieder gut zu machen!

Nochmals muss er nach Afghanistan zurück und sich seiner Vergangenheit stellen...

Der Roman fesselt einen, man legt ihn nicht mehr aus der Hand!

MK



Das Trauerspiel von Afghanistan

geschrieben 1859 von Theodor Fontane

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
"Wer da?" - "Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan."

Afghanistan! Er sprach es so matt,
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

"Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt."

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',
Sir Robert sprach: "Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So laßt sie's hören, daß wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!"
Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',

Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.
Sie bliesen die Nacht und über den Tag,

Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen - es kam die zweite Nacht,
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.

Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.



Der Schriftsteller Theodor Fontane (1819 - 1898) wurde u.a. durch die Werke „Effi Briest“ und „Reisen durch die Mark Brandenburg“ weltberühmt. Nach Theodor Fontane sind mehrere deutsche Kunst- bzw. Literaturpreise benannt. Er leitete in London als Auslandskorrespondent 1855 - 1859 die im Auftrag des preußischen Ministerpräsidenten Otto Freiherr von Manteuffel erscheinende deutsch-englische Korrespondenz. Mit der Ballade „Das Trauerspiel von Afghanistan“ beschreibt er 1859 den katastrophalen Ausgang des ersten der drei anglo-afghanischen Kriege (1839 - 1842). In diesem Konflikt versuchten Briten und Russen die koloniale Vorherrschaft in Zentralasien zu erringen.

die **rot**dornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltsslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

Wir wollen gemeinsam ein profiliertes und ambitioniertes Zeitungs- und Radioprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Zeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation Linksjugend.[^solid] Berlin und Brandenburg.

Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Bewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung "das Alte" grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser "Kampf um die Köpfe" ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir einen in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 19 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die globali-



sierungskritische Organisation »attac« bis zu den Linksregierungen in Lateinamerika und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Gestaltung der Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen in Deutschland nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

Die parlamentarische Vertretung der Linken, die Bundestagsfraktion „Die Linke“, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen, alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat Die Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausge-

grenzten und „Überflüssigen“ zu sein.

Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

Den Rotdorn abonnieren

Schick uns in einem Brief ein paar Euro (soviel wie du erübrigen kannst) und du wirst in die Abonnentenliste aufgenommen und bekommst den Rotdorn ab sofort zugeschickt. Schreib uns einfach wieviele Rotdörner Du haben möchtest. Wenn Du noch ein paar Exemplare z.B. an Freunde, an der Uni/ Schule/ Stammkneipe ... verteilen möchtest? Gern!

Unsere Adresse ist:
Rotdorn
c/o Linksjugend.[^solid]
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Mitdiskutieren. Mitkämpfen.

– Die Linksjugend ['solid]



Die Linksjugend ['solid] ist ein offener, unabhängiger und der Partei Die LINKE nahestehender Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Als Teil einer emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen BündnispartnerInnen.

Im ganzen Land sind wir mit über 100 lokalen Gruppen in Dörfern und Großstädten aktiv, demonstrieren gegen den Überwachungsstaat, blockieren Naziaufmärsche, streiten gegen Notenstress und soziale Auslese im Schulsystem, fordern Ausbildungsplätze für alle und vieles mehr. Vor Ort sowie auf Landes- und Bundesebene diskutieren wir politische Themen und bilden uns auf Seminaren und Konferenzen weiter,

linksjugend ['solid]

um neue Positionen entwickeln und vertreten zu können. International vernetzen wir uns mit anderen linken Jugendverbänden, organisieren Camps und Fahrten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam stärker für unsere Ziele einzutreten.

In Berlin und Brandenburg sind wir ein stetig wachsender Haufen von jungen Frauen und Männern, die gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen, in der kein Mensch hungern und obdachlos sein muss, Sexismus ein Fremdwort ist, in der jede und jeder ihre/seine Fähigkeiten frei entfalten und ihre/seine Bedürfnisse befriedigen kann. Kurzum: eine Gesellschaft, in welcher der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist. Eine Gesellschaft frei von kapitalistischen Zwängen und Krieg.

Interesse? Dann schau einfach mal vorbei unter www.linksjugend-solid-brandenburg.de oder www.linksjugend-solid-berlin.de.

ich möchte:

- mitmachen
- Infos über Linksjugend ['solid]

*ausschneiden, abschicken:
Linksjugend-['solid] e.V. | Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.linksjugend-solid.de

Name

Adresse

Tel / Handy

Email

Anzeige



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT

Gemeinsam für ein anderes Europa! **Frieden.** **Demokratie.** **Solidarität.**

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Interview mit Mellow Mark

»Das ist mein Vorschlag zu einer friedlichen Bewusstseinsrevolution auf dem Planeten Erde.«



Mellow Mark gehört zu den bekanntesten deutschen Reggaemusikern. Bereits 1999 veröffentlichte er seine erste Single. Für die EP »Revolution« erhielt er 2003 den Newcomer-Echopreis. Mit der Single »Weltweit«, die während des Irak-Kriegs oft auf VIVA gespielt wurde, und dem Album »Sturm« erlangte Mellow Mark bundesweite Popularität. Er war bei Warner Music unter Vertrag und ist jetzt Künstler des Berliner Labels homeground, die unter anderem die Platten der Künstler Martin Jondo und Culcha Candela veröffentlichten. 2005 konvertierte er zum Islam. Seine Karriere zeichnet sich aus durch sein Engagement im Kampf gegen Krieg, Rechtsextremismus, globale Ungerechtigkeit und für ein besseres Klima. Unzählige Bühnenshows führten ihn von Deutschland, Österreich und der Schweiz auch u.a. nach Thailand, Kuba, Russland, Marokko, Costa Rica, Senegal/Mauretanien, Sardinien und Serbien.

Das Interview entstand im Rahmen unserer Radiosendung Rotdorn Radio. Sowohl die Fragen als auch die Antworten sind stark gekürzt. Das vollständige Interview ist als .mp3-File auf unserer Homepage www.rotdorn.org zu hören.

Rotdorn Radio: Einer Deiner bekanntesten Songs ist »Revolution«. Welche Revolution der Menschheitsgeschichte war denn für dich besonders bedeutend?

Mellow Mark: Was mich immer besonders beeindruckt hat, war die Befreiung Indiens durch Ghandis Bewegung, der diese friedliche Revolution mit gewaltfreiem Widerstand zustande brachte. Natürlich gab es auch am Rande dieser Revolution viele schwierige Ereignisse und Leid von Menschen, was wohl in der Natur von Revolutionen liegt, in denen es um Politik und Macht geht und auch Kompromisse geschlossen werden müssen.

Ansonsten ist das Wort Revolution inzwischen ja sogar in der Werbung angekommen und ist damit schon nahezu kommerzialisiert worden. Ähnlich wie etwa auch das Antlitz Che Guevaras. So ist in diesem Song nicht nur die Rede von der Revolution als Veränderung der Welt zum Guten, die ich mir auch wünsche, sondern es ist auch daran eine Kritik enthalten, dass die Idee der Revolution inzwischen schon so kommerzialisiert und vermarktet ist. Das fällt vielleicht nicht beim ersten Mal hören auf, aber beim zweiten bestimmt.

Rotdorn Radio: Warum wünschst du dir eine Revolution und was erhoffst du dir von ihr?

Mellow Mark: Natürlich ist mein Ansatz zu sagen, dass die weltweite Verteilung des Reichtums zwischen Arm und Reich nicht

im Gleichgewicht ist. Dazu komme ich auch noch aus Deutschland, wo es uns so wieso im Vergleich noch gut geht und ich eigentlich gar keinen Grund hätte, mich zu beschweren. Selbst dem Ärmsten in Deutschland geht es noch besser als dem Durchschnitt in einem Dritte Welt-Land.

Man sollte also mehr Gerechtigkeit in der Welt schaffen und den unglaublichen Reichtum, den manche angehäuft haben, versuchen, besser zu verteilen, das Geld fließen zu lassen und nicht irgendwo zu horten. Man muss dafür sorgen, dass keine Menschen hungern müssen. Das ist die Revolution um die es eigentlich geht.

Aber es ist auch eine ganze Philosophie, die dahinter steht. In dem Song wird öfter der Begriff "Soul-Revolution" verwendet. Dabei geht es darum, dass jeder bei sich selbst anfängt und zum Beispiel sagt: "Hey, ich hab mehr als genug und mehr als ich brauche, ich kann etwas abgeben." Das muss man auch nicht nur immer nur auf Materielles anwenden. Das fängt schon dabei an wie man sich anderen Menschen gegenüber verhält. Es geht also darum, den eigenen Egoismus zunächst zu

verstehen und dann zu überwinden. Das wäre mein Vorschlag zu einer friedlichen Bewusstseinsrevolution auf dem Planeten Erde.

Rotdorn Radio: Glaubst du denn, dass es unter den gegebenen wirtschaftlichen Ver-



Im Vordergrund: Mellow Mark

hältnissen möglich ist, auf dieser Welt wirklich Gerechtigkeit zu schaffen indem wir uns alle selbst läutern und ändern?

Mellow Mark: Wenn man auf etwas Einfluss hat, dann doch zunächst mal auf seine eigene Person. Denn was ich sehr oft beobachtet habe – auch bei mir selbst – ist, dass man leicht die Tendenz zeigt, zunächst mal mit dem Finger auf andere zu zeigen und zu sagen: “Die sind die Bösen, aber ich bin ja gut.” Man denkt also kaum über sich selbst nach, da man in der Welt soviel Schlechtes sieht. Das fängt schon mit den Nachrichten an. Und mein Ansatz ist es da, zunächst in sich selbst hineinzusehen und sich die Frage zu stellen, wo man sich selbst nicht gefällt und ändern kann.

Rotdorn Radio: Das ist nachvollziehbar, aber meine Frage zielte vor allem auf Folgendes ab: Auch wenn wir beide und alle unsere LeserInnen sich nun ändern und zu guten Menschen entwickeln würden, ist zwar ein kleiner Schritt zu einer besseren Welt getan, aber noch lange nicht Gerechtigkeit erreicht.

Mellow Mark: Das ist jetzt natürlich spekulativ, aber ich glaube eben wenn man in der äußeren Welt viel ändert und in der inneren Welt – an sich selbst – nichts, dann werden die ungerechten Verhältnisse sehr schnell wieder zurückkehren. Wenn heute also jemand mit Waffengewalt eine Revolution erzwingt – die Leute aber noch nicht soweit sind – geht das danach nur wieder nach hinten los. Das hat man bei vielen Revolutionen gesehen, angefangen bei der französischen Revolution. Deshalb ist es wichtig, dass eine Bewusstseinsrevolution stattfindet, damit die Menschen da auch mitgehen können und nicht gezwungen sind mitzugehen, so dass dann die alten Machtverhältnisse wieder kommen.

Das ist natürlich auch ein Traum. In Liedern kann man über Träume schreiben und Poesie anwenden und ist deshalb eben als Künstler nicht gleich Politiker. Wobei man natürlich bei Benutzung des Wortes Revolution auch politische Leute erreicht, die sicher auch diesen Traum haben und sich Gedanken machen wie das real umzusetzen ist. Ich bin da inzwischen sehr vorsichtig geworden, da ich, seit ich diesen Song geschrieben habe, sehr viele Leute kennengelernt habe, die auch diesen Traum haben, aber eine andere Philosophie verfolgen. In diesem politischen Spektrum gibt es sehr viel gegenseitige Kritik und Diskussionen.

Da ich aber Musiker bin, nehme ich mir das Recht heraus in meiner Musik nicht unmittelbar als Politiker wirken zu wollen, son-

Verlosungsaktion

Wir verlosen unter allen Einsendungen zweimal die CD »Ratz Fatz Peng« und zweimal die EP »Yeah Yeah Yeah« inklusive eines Videos. Die Preisfrage lautet: Welche Religion hat Mellow Mark? Schickt uns eine email mit dem Betreff Verlosungsaktion an rotdorn@gmx.de und ihr werdet bei der Verlosung berücksichtigt. Einsendeschluss ist der 29. September 2010.



dern auch einfach Emotionen in den Raum zu werfen und eine Atmosphäre auf meinen Konzerten zu schaffen, wo Leute zusammen kommen, mit diesem Traum. Ich will nicht Leute ausgrenzen, sondern zusammenbringen. Deshalb will ich eine Revolution in erster Linie über Bewusstsein und Bewusstheit machen, als über politische Parolen. Das ist letztendlich der Raum für Politiker, dort zu wirken wo Politik gemacht wird. Aber ich bin Musiker, kein Politiker, obwohl es da natürlich Verbindungen gibt.

Ich muss dazu sagen, dass ich, nachdem der Song “Revolution” erschien, lange Zeit in Kuba war, wo ja eine sozialistische Revolution stattgefunden hat, die erfolgreich bis heute besteht. Ich war fasziniert von der Atmosphäre in diesem Land und den positiven Errungenschaften, die so oft von westlicher Propaganda zerredet werden, mit Argumenten von Diktatur und Menschenrechtsverletzungen usw. Man muss natürlich verstehen, dass da eine unglaubliche von den USA ausgehende Propaganda dahinter steckt. Denn aus Sicht der USA ist es schon ein ärgerliches Phänomen, dass so nah am amerikanischen Festland immer

noch eine Insel, ein Land, besteht, das die wirtschaftliche Hegemonie der USA nicht mitmacht, die sonst allen Ländern der Welt aufgezwungen wird. Das ist eigentlich unglaublich und ganz Südamerika ist ein schlimmes Beispiel dafür, was die westliche Wirtschaftspolitik über die Jahre angerichtet hat. Ich habe mich in Kuba wohlgefühlt.

Rotdorn Radio: Kommen wir auf ein anderes Thema zu sprechen: Du bist 2005 zum Islam konvertiert. Das ist recht ungewöhnlich, obwohl es auch einige prominente Beispiele dafür gibt. Was hat dich persönlich bewegt diesen Schritt zu tun?

Mellow Mark: Das ist eine gute Frage, über deren Antwort ich mir in der letzten Zeit eigentlich weniger Gedanken gemacht habe. Ich habe dazu inzwischen ein ganz entspanntes Verhältnis entwickelt. Ich musste mich früher ständig rechtfertigen und viele Leute haben kein Verständnis dafür aufgebracht. Ich denke, wenn man selbst solch eine Verbindung zur Spiritualität spürt, ist es sehr schwierig sich Leuten zu erklären, die diese Verbindung nicht haben. Deshalb ist es auch sehr schwierig, in der Öffentlichkeit über Spiritualität zu sprechen.

Ich sage deshalb nur soviel: Ich habe seit langer Zeit – seit ich Bob Marley gehört hatte – so eine gewisse Spiritualität für mich entwickelt. Ich war fasziniert vom Rasta-Glauben. Insbesondere von der Idee eines überall präsenten, unsichtbaren Gottes, im Gegensatz zum weißen Gott mit langem Bart, der im Himmel wohnt. Ich bin dann mit meinen Dreadlocks auch sehr tief in die Welt der Rasta-Religion eingetaucht. Das ist ja keine rein christliche Religion, sondern direkt





dass man Leute trifft an irgendwelchen Ecken der Welt, auf irgendwelchen Kontinenten, die in der gleichen Straße und im gleichen Block wohnen wie man selbst. Solche Sachen passieren und man fragt sich, warum das so ist. Es gibt meiner Meinung nach keine Zufälle, da sind andere unsichtbare Kräfte am wirken, die die Wissenschaft (noch) nicht erkannt hat und nicht beweisen kann.

Rotdorn Radio: Wie hat denn dein Übertritt zum Islam auf Moslems gewirkt, die du seit dem getroffen hast?

Mellow Mark: Es gibt hier in Deutschland natürlich ganz andere Muslime, als in arabischen Ländern oder auch der Türkei oder Asien und Afrika. Der Islam ist unheimlich groß und vielfältig und passt überhaupt nicht in dieses enge, kleine Klischee, das wir von den Medien oft vermittelt bekommen. Deshalb kann es vorkommen, dass man eben strenge arabische Muslime trifft, die das gar nicht so toll finden, wenn ein Europäer, mit europäischem Verständnis, Moslem wird. Gleichzeitig gibt es aber Araber, die das toll finden, dass es sowas gibt.

Ich denke das ist auch die Zukunft, dass nicht nur Araber Muslime sein können, sondern auch normale blonde, deutsche Jugendliche mit Rastas, die Reggaemusik machen. Das ist doch eigentlich Privatsache. Gott sei Dank ist in diesem Land die Freiheit, zu glauben und privat Spiritualität zu leben, gegeben. In anderen Ländern ist das bedauerlicherweise nicht so. Es gibt ein Land in Europa, das muslimisch ist, nämlich Bosnien und ein Land, das lange Zeit muslimisch war, nämlich Spanien. Dort haben sich über lange Zeit die verschiedenen Religionen sehr gut miteinander verstanden. Was eigentlich auch ein Vorbild für heute sein sollte. Diese ganzen "Kampf der Kulturen" oder "Kampf der Religionen" Schlagzeilen in den Medien sind für mich Propaganda, um Feindbilder zu schaffen. Denn letztenendes stecken da Menschen dahinter, die unglaublich viel miteinander gemeinsam haben.

verbunden mit Ganja-Rauchen, Reggae-musik und mit tiefen, fetten Bässen. Das ist einfach cool, was ja oft Glaube und Religion überhaupt nicht sind. Ich hab das also immer mit einem absolut coolen Lebensgefühl verbunden. Und von dort aus habe ich mich weiterbeschäftigt mit den Fragen "Was kommt vor der Geburt? Was kommt nach dem Tod? Warum sind wir hier? Warum ich, warum du? Warum jetzt oder später? Warum Schicksal? Welches Schicksal? Warum sind die Dinge so, wie sie sind?". Auf diese Fragen gab es eigentlich nicht viele Antworten, außer zum Beispiel im Buddhismus. Das ist ja auch eine sehr alte, tiefgehende Philosophie über den Sinn des Lebens, diese Zusammenhänge und Spiritualität. Vom Buddhismus war es eigentlich gar nicht so weit zum Sufismus.

Der berühmteste Dichter des Sufismus ist Dschalal ad-Din ar-Rumi, ein Sufi. Das ist islamische Mystik auf eine sehr poetische Weise. Und da ich Texter und Musiker bin, haben mich diese mystischen und poetischen Texte, Gedichte und Geschichten des Sufismus sehr angesprochen. Da ich dort auch den Schlüssel zu den Antworten auf meine Fragen gefunden habe. Das kann man in der Kürze dieses Interviews aber auch nicht darlegen und ich will das auch gar nicht, da es mein privates Vergnügen ist, mich damit spiritueller zu beschäftigen. Über diesen Sufismus, der auch eine sehr feine Lebensweise bedeutet und keineswegs irgendwelche islamischen, radikalen Extremisten in seiner Mitte fordert, bin ich auch zum Islam gekommen. Da Sufismus eben auch Islam ist. Das konnte von meinen damaligen Freunden natürlich fast keiner nachvollziehen. Ich bin aber da einfach gut aufgehoben. Es ist meine persönliche Liebe zu Allah, der ja auch kein anderer Gott ist als der Gott der Christen oder Juden.

Es gibt nur einen Gott und insofern ist Allah nur ein anderes Wort, nämlich das arabische Wort für Gott. Da trennt mich also auch nichts von anderen Gläubigen. Und so habe ich sehr viele Menschen getroffen, die auch von sich sagen: "Ich glaube auch, ich bin aber kein Christ und kein Kirchenmensch." Aber ich denke die Spiritualität kommt zurück und viele Menschen entwickeln da auch einen Sensor dafür. Es ist sehr schwer darüber zu sprechen. Es ist viel besser diese Schwingungen oder Frequenzen – im Englischen sagt man "vibes" – einfach zu erleben.

Rotdorn Radio: Du sagst, du glaubst an den einen Gott, der auch alle großen monotheistischen Religionen verbindet. Aber ist dieser Gott denn für dich erlebbar und wenn ja, wie?

Mellow Mark: Das ist einfach nur eine Perspektive oder eine Wahrnehmung. Es ist nicht so, dass man da etwas bestimmtes machen muss und dann erlebt man Gott. Er ist vielmehr ständig da, ständig erlebbar, für den, der diese Wahrnehmung haben möchte. Das sind Dinge des Unsichtbaren. Es gibt viele Menschen, die sagen: »Die Wissenschaft ist für mich real. Alles was man wissenschaftlich oder mathematisch beweisen kann, alles was man sehen kann, ist für mich real«. Und andere Leute sagen, dass es noch mehr Realitäten gibt, die man nicht sehen kann. Die bewegen sich im Emotionalen und Geistigen.

Es ist sicher jedem schon mal passiert, dass es unglaubliche Zufälle gibt,

Anzeige

RAGE AGAINST THE DEATH MACHINE

FREE MUMIA NOW!

Neuer Solidaritätssampler für Mumia Abu-Jamal

Doppel-CD mit über 30 Bands, u.a. rebell der welt, grzzz, Ifire, chaoze one / lotta c, ewo², irie revolttes, die kleingeldprinzessin & die stadtpiraten, Dubmatix feat. Alton Ellis, zion train, radikal dub kollektiv, Instruktah D, Mad Cap & ALBINO, rogue steady orchestra, smoky texas, yok zed, sopot, webcam hifi, Audio Kollaps, laura & los angeles, Panteón Rococó, Abuea Coca, No Te Va Gustar, Smooth Lee, Wisecracker, muellisch, high tone, ganjaman, kobayashi, nic knatterton, holger burner, Francesko, scorn, dub spener & trance hill u. v. anderen

Herausgegeben von Rote Hilfe e.V. / Bestellungen über: Jump Up-Bremen, Matthias Herik, Postfach 110447, 28207 Bremen, E-Mail: jumpup@t-online.de

Der eignen Kraft vertrauen

Zehntausend AntifaschistInnen verhinderten neonazistischen Aufmarsch in Dresden. Richtungsweisende Bündnisarbeit gegen den Widerstand aus Politik und Justiz durchgesetzt. Autonome und bürgerliche Kräfte ließen sich durch Repression und Beschlagnahme im Vorfeld nicht spalten.



Foto: Matthias Zickrow

Die erfolgreiche Verhinderung des Nazi-aufmarsches in Dresden wird für die antifaschistische Protestkultur nachhaltig wirken. Bis zu 15.000 Personen blockierten die als „Gedenkmarsch“ deklarierte Neonaziveranstaltung anlässlich der alliierten Bombardierungen 1945. Mehrere tausend Neonazis konnten den Sammlungsplatz vor dem Bahnhof Dresden Neustadt zwar erreichen, jedoch nicht wieder verlassen, da sie von Protestierenden faktisch umzingelt waren.

Der 13. Februar 2010 stellt eine Besonderheit im Kampf gegen neonazistische Aufmärsche dar. Dies muss erläutert werden, weil antifaschistische Mobilisierungen in Jena, Köln, Berlin oder Leipzig in einer Reihe mit den diesjährigen Protesten in Dresden gestellt werden. Diese Vergleiche blenden jedoch eine Besonderheit in Dresden aus: die antifaschistischen Proteste und Blockaden fanden gegen den entschiedenen Willen von Politik und Justiz/Polizei statt:

1. Die Dresdner Politik unter Führung der Bürgermeisterin Orosz (CDU) sprach sich von Beginn an gegen Extremisten von Links sowie Rechts aus. Sie setzte unseren antifaschistischen Protest mit dem Aufzug der Neonazis gleich und bediente sich der so genannte „Extremismustheorie“. Danach seien es zum Beispiel die NPD bzw. linke Gruppen, welche die politische Mitte oder gar die Demokratie gefährdeten. Parteien wie CDU, FDP, SPD und Grüne sehen sich selbst in der Mitte der Gesellschaft, obwohl es diese Parteien sind, welche demokratische Bürgerrechte beschneiden und einen Überwachungsstaat forcieren, soziale Errungenschaften abschaffen oder deutsche Soldaten zur Besetzung in andere Länder schicken.
2. Am 13. Februar selbst organisierte die

CDU-Bürgermeisterin mit ihrer Menschenkette eine Konkurrenzveranstaltung zu den Blockaden und untergrub bewusst das Konzept der Massenblockaden. Selbst auf dieser Kundgebung sprach sie sich erneut gegen „Extremismus von Links und Rechts“ aus.

3. Die Justiz agierte ähnlich. Im Vorfeld ging die Staatsanwaltschaft Dresden massiv gegen das Blockade-Bündnis vor. Es gab Hausdurchsuchungen in Berlin und Dresden, wobei mehrere tausend Plakate, Flugblätter und Computer beschlagnahmt wurden. Sogar die Bündnis-Homepage musste vor erwarteter Repression auf einen US-amerikanischen Server umziehen und entwich somit dem Zugriff deutscher Behörden. In Berlin und Dresden nahm die Polizei Personen fest, die Plakate für die Blockaden plakatierten.



Foto: Matthias Zickrow

4. Am 13. Februar 2010 selber agierte die Polizei vor allem planlos. Während an einer Ecke über Stunden Sitz- und Stehblockaden ungestört durchgeführt wurden, ging die Polizei einige Straßen weiter massiv mit Wasserwerfern und Tränengas gegen Blockierer vor. Im Anschluss an die erfolgreichen Aktionen ließ es sich die Staatsanwaltschaft nicht nehmen gegen Teilnehmer an Sitzblockaden, darunter auch Abgeordnete der LINKEN, zu ermitteln.

Generell sind die genannten Repressalien für aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten nichts Ungewöhnliches. Bei vergleichbaren Großereignissen in Berlin, Köln, Jena oder Leipzig waren antifaschistische Kräfte jedoch ausdrücklich erwünscht und genossen teilweise sogar die

Sympathie von Politik und Medien! Im Einzelnen: In Berlin forderte der regierende Bürgermeister Wowereit (SPD) am 8. Mai 2005 persönlich Zivilcourage gegen einen Aufmarsch der NPD und äußerte: „Protest ist erwünscht“ – der Aufmarsch wurde blockiert. Im September 2008 gab es in Köln eine nahezu stadtweite Stimmung gegen einen rassistischen Anti-Islam-Kongress. Ein von Politik und Medien unterstütztes Kulturfest zog zehntausende Kölnerinnen und Kölner in die Innenstadt, die für die Nazis blockiert war. In Leipzig riefen im November 2009 die Stadtratsfraktionen CDU, FDP, SPD, Grüne und Linke die Bürger der Stadt auf, sich einem Aufmarsch von „autonomen Nationalisten“ entgegenzustellen. Blockaden verhinderten den Aufzug.

Manchmal fühlten sich linke Kräfte gar zu eng von bürgerlichen Antifaschisten umschlungen. Stimmen kritisierten, sich in eine Reihe mit Grünen, SPD oder gar CDU zu stellen: Parteien, die für Überwachungsstaat, Hartz IV, staatlichen Rassismus und Abschiebungen sowie für einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien und Unterstützung der Besetzung des Iraks oder Afghanistan verantwortlich sind.

Was führte daher zum Erfolg in Dresden? Entscheidend war das klar formulierte Konzept des zivilen Ungehorsams, mit dem konkreten Ziel Massenblockaden. Von Beginn an setzte das Bündnis auf eine Aktion, bei der die Aktiven eigenverantwortlich und selbstorganisiert teilnehmen und nicht nur konsumieren. Ein Aktionskonsens sorgte für das nötige Vertrauen zwischen autonomen Gruppierungen wie der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) und bürgerlichen Kräften von Gewerkschaften und Parteien. So reagierte das Bündnis auch geschlossen auf die Repression und ließ sich nicht in gute und schlechte Antifaschisten spalten – selbst gegen den entschiedenen Willen der lokalen Politik.

Florian Osuch

**Die Rotdorn Radio-Sendung zum Thema: »Die Blockade des Nazi-aufmarsches in Dresden«
Radioarchiv auf www.rottdorn.org, Montag, 15. Februar 2010**

Bildungsstreik – Der Kampf geht weiter

Bildungsstreikbewegung 2009. Bilanz und Perspektiven.

Das Jahr 2009 bescherte uns gleich zwei Wellen der Bildungsstreikbewegung. Beim einwöchigen Bildungsstreik im Juni vergangenen Jahres gingen nicht nur hunderttausende Studierende der Universitäten und Fachhochschulen auf die Straße, sondern auch SchülerInnen und zum Teil Azubis und BerufsschülerInnen. In Berlin hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sogar die LehrerInnen zum eintägigen Warnstreik aufgerufen und somit vielen die Teilnahme an der Bildungsstreikdemonstration ermöglicht. In dieser Breite und diesem Ausmaß der Mobilisierung stellte diese Protestwoche eine neue Qualität der Bildungsstreikbewegung in Deutschland dar. Zum ersten Mal seit den 1990er Jahren kam es überhaupt wieder zu nennenswerten bundesweiten Uniprotesten. Die Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren vor einigen Jahren, beschränkten sich – dem Bildungsföderalismus sei Dank – immer auf einzelne Bundesländer. Schon nach der Protestwoche im Juni wurde von vielen AktivistInnen das Ziel gesetzt, die entstandene Dynamik ins Wintersemester 2009/10 mitzunehmen. Aber ohne die aufflammenden Proteste an österreichischen Universitäten im Oktober 2009, die in mehrere europäische Länder überschwappten, wäre dies wohl kaum möglich gewesen. Österreich machte es vor: auch längerfristige Besetzungen von Hörsälen – vorzugsweise des Audimax – sind möglich und bieten Freiraum zur Diskussion von Bildungsalternativen und politischen Forderungen. Auch die Besetzungsbewegung an den Universitäten fand bundesweit statt und es gelang sogar mittels moderner Kommunikationsmittel internationale Vernetzungen aufzubauen.

Bolognaprozess

Die inhaltliche Klammer die zur bundesweiten und europäischen Harmonisierung der Bildungsproteste beitrug war – und ist immer noch – ohne Frage, der sogenannte Bolognaprozess. Vor einigen Jahren setzten sich die euro-

päischen Regierungen im Abkommen von Bologna – nach eigenen Angaben – das Ziel, einen einheitlichen „europäischen Bildungsraum“ zu schaffen. Abschlüsse sollten deutschland- und europaweit vereinheitlicht, Auslandsaufenthalte erleichtert und die Anerkennung von Studienleistungen vereinfacht werden. Nun muss man wahrlich kein Linker sein um zu sehen, dass diese Ziele nicht nur nicht erreicht wurden, sondern zumindest im deutschen Bildungssystem genau das Gegenteil passiert ist. Diese Erkenntnis ist inzwischen sogar teilweise bis in die konservativen Köpfe des deutschen Bildungsbürgertums und ihres Zentralorgans, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), vorgedrungen. Dies ist auch der Grund, warum von der FAZ und anderen Mainstreammedien immer wieder der Versuch unternommen wurde – und wird – die Protestbewegung in einen gemäßigten und radikalen Teil zu spalten, und den gemäßigten Teil für ihre bildungsbürgerlichen Ziele zu vereinnahmen. Immer wieder wird davon gespro-

chen, dass die Studierenden ja recht hätten und eine „Reform“ des Bolognaprozesses nötig wäre. Dies ist auch von Bildungsministerin Schavan immer wieder zu hören, die die Streikbewegung zunächst als „gestrig“ bezeichnete, als sich aber das Ausmaß der Proteste abzeichnete auf den Zug aufsprang und verlangte, dass „die aktuellen Bildungsstreiks als Ansporn gesehen werden, alle Vereinbarungen des Bildungsgipfels zügig umzusetzen“.

Für die meisten AktivistInnen der Bildungsstreik- und Unibesetzungsbewegung ist aber klar, dass es um mehr geht als nur eine Anpassung des Bolognaprozesses. Das Ziel ist ein anderes und ausreichend finanziertes Bildungssystem und oft wird auch die Parallele zwischen der Finanz- und Wirtschaftskrise des Kapitalismus und der Geldnot an den Unis und den Schulen gezogen. Die konkreten Auswirkungen des Bolognaprozesses auf Studierende und Lehrende an den Hochschulen sind auch nicht einfach durch eine Reform zu über-

winden. So wurde inzwischen Schritt für Schritt das deutsche Diplomsystem – in inzwischen fast allen Studienfächern – zugunsten des Bachelor/Mastersystems abgeschafft. Dabei wirkt das deutsche Bachelor/Mastersystem heute wie eine schlechte Kopie des angelsächsischen Vorbilds. Während in den Diplomstudiengängen die Durchlässigkeit zwischen den Universitäten im In- und Ausland noch größer war als heute, da verschiedene Scheine oft ganz unbürokratisch anerkannt wurden – falls man an den richtigen Professor geriet – wurden nun durch die Modularisierung eine ganze Reihe bürokratischer Regeln aufgestellt um dies zu verhindern. Trotz gegenteiliger Zielsetzung ist der Wechsel zwischen Universitäten inzwischen schwieriger und oft sogar unmöglich geworden. Statt europäischem Bildungsraum haben wir einen Rückfall in Kleinstaaterei. Weiterhin wurde versucht die alten Diplomstudiengänge, meist 8 bis

Anzeige

**Mitglied
werden.
Hier und
jetzt!**

DIE LINKE.

<http://mitglied.die-linke.de>



Foto: Felix Syrovatka

10 Semester, zusammen zu kürzen und in ein 4- bis 6-semestriges Bachelorstudium zu stecken. Im Anschluss daran lautet nun das Ziel, den Bachelor als Regelstudium zu etablieren, mit allem was dazu gehört inklusive geringerer Qualifikation nach dem Abschluss und niedrigerer Einstiegsgehälter im anschließenden Job, falls man denn überhaupt einen findet. Der Zugang zum Masterstudium ist dann oft großen Zulassungshürden und zunehmend – als Zweitstudium – den Studiengebühren unterworfen. Zurecht entgegnet also der Studierendenverband DIE LINKE.SDS dem mit der Forderung nach einem „Master für alle“. Durch den zunehmenden Leistungs- und Prüfungsdruck, der mit dem verkürzten Studium einhergeht, wird auch ein Auslandsaufenthalt – wieder einmal trotz gegenteiliger Zielsetzung im Bolognaprozess – für viele Studierende nahezu unmöglich. Auch betroffen davon ist die Möglichkeit, während des Studiums zu arbeiten, was wiederum die soziale Selektion unter den Studierenden erhöht, da sich nun wieder zunehmend Kinder aus weniger begüterten Familien aus Geldgründen gegen ein Studium entscheiden, da sie sich dies nur durch einen Nebenjob finanzieren könnten.

Es gibt also genug, wogegen man kämpfen kann. Die Frage bleibt, wofür man kämpft und was dafür die geeigneten Protestformen sind.

Protestkultur und Protestformen

Der Studierendenverband SDS und der Jugendverband der LINKEN Linksjugend [solid] haben ohne Zweifel als organisatorische Klammer im Bildungsstreik 2009 und während der Besetzungsbewegung der Hörsäle gewirkt. Die Tatsache, dass es diese sozialistischen Organisationen im Umfeld der Linkspartei gibt, hat dazu beigetragen, die Proteste wirklich bundesweit zu organisieren, zu harmonisieren und auch Vernetzungen zwischen SchülerInnen, Azubis und Studierenden herzustellen. Diesen politischen Organisationen kommt also schon aufgrund ihrer oft dominierenden Stellung in den Organisationskomitees

über Ziele auch ein Paket an Forderungen, die man durchsetzen will und die von allen AktivistInnen vertreten werden. Solche Forderungen müssen meist von einer politischen Organisation in die Diskussion gebracht werden. Wenn man eine ehrliche Bilanz der Protestbewegungen zieht, muss man anerkennen, dass nichts Substantielles erstritten wurde außer Lippenbekenntnissen seitens der Regierenden. Der Bolognaprozess wird weiterhin umgesetzt wie bisher, die Unterfinanzierung der Universitäten nimmt kein Ende und Studiengebühren wurden aufgrund der Proteste auch nicht zurückgenommen. Wozu also das Ganze? Es wurde in den besetzten Hörsälen sehr offen, sehr demokratisch und oft sehr weitgehend diskutiert, über alternative Bildungssysteme, demokratische Hochschulen und auch die Krise des Kapitalismus und sozialistische Alternativen. Oft wurde aber vergessen, dass man, um schlagkräftig zu sein, manchmal auch über Dinge mehrheitlich abstimmen und Menschen in Verantwortung wählen muss, um von der zersplitterten Diskussion in vielen Hörsälen zu einer einheitlichen Aktion zu kommen. Dies kann mit ganz konkreten Dingen, wie der Wahl – mit der Möglichkeit der jederzeitigen Abwählbarkeit – eines Streikkomitees an einer Uni beginnen, das dann anfängt Kontakt herzustellen zu unzufriedenen Universitätsangestellten, anderen Hochschulen usw. Und auch dafür verantwortlich ist mit der Uni-Leitung über erste abgestimmte Forderungen zu verhandeln. Dies können zunächst einfache Dinge sein wie übervolle Stundenpläne oder mehr Freiräume unter studentischer Selbstverwaltung. Passiert dies alles nicht, erleben wir genau das was in den vergangenen Monaten mit der Bewegung der Audimaxbesetzungen vor sich ging. Die Bewegung findet zwar überall gleichzeitig statt, vereinheitlicht sich aber nicht mittels Forderungen zu einem schlagkräftigen Ganzen, vor dem die herrschende Politik wirklich erzittert. Ohne die Wahl von Verantwortlichen in Komitees muss jede Entscheidung überall und jederzeit in den Plena abgestimmt werden. Neben der Tatsache, dass dies enorme logistische Probleme aufwirft, können sich nur die aktivsten Stu-

dierenden während der Proteste in jeder Minute dem Bildungsstreik widmen. Die übergroße Mehrzahl der Studierenden hat dann bei vielen Entscheidungen trotzdem nicht die Möglichkeit, mitzudiskutieren und mitzuzentscheiden.

Quo vadis, Bildungsstreik?

Obwohl die Bildungsmisere nicht nur Studierende sondern auch Lehrende trifft, ist von gemeinsamen Aktionen in den Bildungsstreikbewegungen bisher wenig zu sehen. Neben konkreten Forderungen ist aber die Einheit mit den Lehrenden der Hochschulen und dem technischen Personal für die Studierenden unabdingbar wenn etwas Konkretes erkämpft werden soll. Dafür müssen die Studierenden und ihre politischen Organisationen auch einen Schritt auf die Lehrenden und das technische Personal zu machen, aber die Angestellten der Hochschulen und die Lehrkräfte müssen auch anfangen, sich zu organisieren. Die Reinigungskräfte und die Gewerkschaft IG BAU haben es letzten Herbst – auch an den Universitäten – vorgemacht: gemeinsamer Kampf ist möglich und nötig, und er kann auch mit einem Sieg enden. Deshalb sind dringend Initiativen von unzufriedenem Universitätspersonal notwendig. Die entsprechenden Strukturen, wie Personalräte und Gewerkschaften, sind vorhanden; manchmal muss man nur daran glauben dass man gemeinsam etwas verändern kann. Gehen wir's an!

Alex Dirmeier
LINKE Wedding



Foto: Felix Syrovatka

Studierende und Lehrende gemeinsam für eine bessere Bildung ?!

Nicht nur die Studierenden an den Universitäten sind von Kürzungen und dem Bolognaprozess betroffen, sondern auch ProfessorInnen, AssistentInnen, studentische Hilfskräfte und Lehrbeauftragte. Wenn schon das Ziel des „europäischen Bildungsraums“ mit dem Bolognaprozess nicht erreicht wurde, so zumindest die Einsparung von Kosten. Während kürzere Studiengänge natürlich billiger sind, wurde in den letzten Jahren auch bei Forschungsbudgets und Ausgaben für die Lehre an den Universitäten gespart bis es quietscht. Als Ausweg bleibt oft nur das Einwerben von Drittmitteln von Stiftungen und Konzernen. Dass dadurch auch der Einfluss der Wirtschaft auf die Forschung rapide steigt, ist offenbar in der neoliberalen Politik auch so gewollt. Da haben Professoren und Privatdozenten an den Universitäten oft gar keine andere Wahl als Lehre und Forschung zu vernachlässigen, da sie „hauptberuflich“ damit beschäftigt sind, bürokratische Anträge zur Finanzierung der Forschung und ihrer Doktoranden zu schreiben. Das Sparen im Zuge des Bolognaprozesses bei Forschung und Lehre trifft aber vor allem einen Zweig der Universitätsangestellten, die an den deutschen Universitäten schon immer einen schweren Stand hatten und von denen es heute noch weniger gibt als vor einigen Jahren. Die Rede ist vom sogenannten akademischen Mittelbau. Damit werden Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Doktoranden an den Universitäten bezeichnet, die eigentlich den Großteil der Forschung und Lehre verrichten. Für diese gab es in Deutschland schon immer zu wenige feste und sichere Arbeitsplätze an den Universitäten. Durch den Bolognaprozess und verschiedene Exzellenzinitiativen ist dies nicht besser sondern schlechter geworden. Geschaffen wurden – oft unter Wegfall von Vollzeitstellen – befristete und schlechter bezahlte Teilzeitstellen. Für Akademiker und vor allem Doktoranden bedeutet eine halbe- oder zweidrittel-Stelle aber immer Vollzeitarbeit zu geringerem Lohn. Denn man will ja Leistung zeigen um irgendwann vielleicht die Chance auf eine der begehrten unbefristeten Vollzeitstellen zu haben. Vor allem in den Exzellenzinitiativen wurden stillschweigend Betreuungsschlüssel für Studierende heraufgesetzt und damit der Arbeitsaufwand für die Lehre erhöht.

Nicht selten fristen voll ausgebildete AkademikerInnen über Jahre hinweg sogar ein



Foto: Felix Syrovatka

Dasein als schlecht bezahlte Honorarkräfte, sogenannte Lehrbeauftragte. Nach dem Hochschulrahmengesetz kann jede Universität zur Verbesserung der Lehre und für zusätzliche Lehrangebote freiberufliche Honorarlehrkräfte beschäftigen. In der Realität werden an vielen Universitäten und vor allem an Fachhochschulen – abhängig vom Studiengang – inzwischen bis zu 40% des Lehrangebots durch Lehrbeauftragte abgedeckt. Lehrbeauftragte werden grundsätzlich nach geleisteten Unterrichtsstunden bezahlt. Üblich sind Honorare von zwischen 35€ und 40€ an den Berliner staatlichen Universitäten, über ca. 20€ an Brandenburger Fachhochschulen bis hin zu einzelnen 12,50€, wie sie aus Schleswig-Holstein berichtet wurden. Rechnet man zu den Unterrichtsstunden noch Vor- und Nachbereitung, Korrektur, Beratung und Prüfungen ein, so kommt man im besten Fall auf Bruttostundenlöhne zwischen 10€ und 15€. Schon dies liegt unter den durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen von Facharbeitern im produzierenden Gewerbe, die bereits im Jahr 2005 bei knapp 18€ lagen. Einem prekär Beschäftigten oder Zeitarbeiter mag dies immer noch viel erscheinen. Es gilt allerdings zu beachten, dass Lehrbeauftragte in den seltensten Fällen Vollzeit (35 bis 40 Wochenstunden) arbeiten, sondern meist maximal 8 Wochenstunden unterrichten und in den 5 Monaten Semesterferien pro Jahr überhaupt nicht bezahlt werden. So kommen viele Lehrbeauftragte – umgerechnet auf ein ganzes Jahr – auf durchschnittliche Bruttomonatslöhne zwischen 800€ und 1200€. Beiträge zur Krankenversicherung und Altersvorsorge muss der Lehrbeauftragte davon natürlich noch vollständig selbst bestreiten. So wundert es nicht, dass es heute schon viele vollausgebildete AkademikerInnen gibt, die durch Hartz IV aufstocken müssen. Daneben sind Lehrbeauftragte keine Angestellten der Hoch-

schulen und haben dadurch keinen Anspruch auf Interessensvertretung durch den Personalrat. Es ist also an den deutschen Hochschulen in den letzten Jahren nicht nur ein akademisches Proletariat sondern sogar ein akademisches Prekariat geschaffen worden.

Traditionell wird in vielen Studiengängen auch ein großer Anteil der Lehre von sogenannten studentischen Hilfskräften oder Tutoren übernommen. Dies war in der Vergangenheit für viele StudentInnen die Möglichkeit während des Studiums etwas hinzu zu verdienen und erste Erfahrungen mit der universitären Lehre zu sammeln. Durch den Arbeitsdruck der Bachelorstudiengänge herrscht nun oft sogar ein Mangel an Tutoren. Dies wird teilweise versucht durch Lehrbeauftragte zu kompensieren, aber die Betreuungsverhältnisse können dadurch nicht wirklich verbessert



werden. Gerade in Studiengängen mit hohen Anfängerzahlen gibt es Grundvorlesungen die von über 1000 StudentInnen besucht werden. Dazu gehören dann oft Tutorien in denen 30 bis 40 Studierende von einem Tutor oder einer Tutorin betreut werden. Dass schon in dieser Form keine ordentliche Lehre möglich ist, dürfte klar sein, was passieren wird wenn in einigen Jahren die doppelten Abiturjahrgänge – dem achtjährigen Gymnasium sei Dank – an die Universitäten strömen, mag man sich unter diesen Voraussetzungen vielleicht besser gar nicht ausmalen. Das Schicksal der Studierenden, der Lehrenden und des technischen Personals der Hochschulen ist folglich untrennbar verbunden. Sie alle leiden unter dem Bolognaprozess und der Unterfinanzierung der Hochschulen, aber nur alle vereint im Protest und Streik können auch etwas verändern und Erfolge erkämpfen. Diese Einheit ist heute nötiger denn je.

Alex Dirmeier
LINKE Wedding

Jeder kann etwas bewirken

Als Fatalismus bezeichnet man eine Weltanschauung, die davon ausgeht, dass eine übergeordnete Macht oder das Schicksal das eigene Leben bestimmt. Wird in Deutschland von der sog. Politikverdrossenheit gesprochen, ist eine fatalistische Einstellung vieler Menschen unübersehbar: „die da oben machen eh was sie wollen“ oder „man kann doch eh nix dran ändern“ sind hierbei beliebte Redewendungen. Ich behaupte dagegen, dass Jeder seinen Teil dazu beitragen kann, die Welt zu einem besseren Ort zu machen.

Was ist Politikverdrossenheit eigentlich?

Der Begriff bezeichnet eine Fülle von Sachverhalten. Zum einen die ablehnende, negative Haltung und Einstellung gegenüber der Politik sowie gegenüber politischen Akteuren. Zum anderen aber auch das zunehmende Desinteresse an politischen Sachfragen oder der Politik im Allgemeinen. Ein Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, Parteien und gegenüber dem System der Demokratie insgesamt ist häufig damit verbunden. In der Politikwissenschaft wird oft versucht, diese subjektive Einstellung der Menschen durch vermeintlich objektive Zahlen zu erklären, wie z.B. einer zunehmend fallenden Parteienbindung von spezifischen Milieus (wie z.B. der Arbeitnehmer zur SPD), sinkenden Parteimitgliedern insgesamt sowie der schlechten Wahrnehmung von politischen Akteuren. Hinzu kommen die persönliche Resignation vieler und der Glaube am Mangel von politischen Beteiligungsmöglichkeiten. Die individuelle Bequemlichkeit, sich politisch zu engagieren und den eigenen Tellerrand zu verlassen, sollte auch nicht unterschätzt werden.

Weshalb einmischen wichtig ist

Wie sieht eine Gesellschaft aus, in der alles geschluckt, akzeptiert und nichts hinterfragt wird? Wollen wir wirklich in so einer Welt leben? Der Dichter Erich Fried bringt es in seinem Kurzgedicht auf den Punkt: „Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt“. Ohne Kritik und politisches Engagement kann es keinen menschlichen Fortschritt geben. Ohne z.B. die großen Opfer der Arbeiterbewegungen in der Vergangenheit hätten wir heute noch einen 12 Stunden Arbeitstag, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und auch keine Arbeitnehmerrechte. Auch heute gibt es überall schreiende Ungerechtigkeiten, die es zu bekämpfen gilt. Umso wichtiger ist es, sich zu engagieren. Wenn Arnold Toynbee sagt, dass die größte Strafe für alle, die sich nicht für Politik interessieren, die ist, dass sie von Leuten regiert werden, die sich für Politik interessieren, dann zeigt er damit auf, wie wichtig es ist, sich einzumischen.



Was kann ich als Einzelner schon bewirken?

»Viele kleine Leute, an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte gehen, können das Gesicht der Welt verändern« (afrikanisches Sprichwort)

Am Anfang stehen zwei Dinge: der Wille sich einzumischen und der Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, wie Kant es formuliert hat. Klar ist, dass man einen langen Atem und Ausdauer haben sollte. Niemand wird die Welt über Nacht verändern können, aber auch jeder kleine Schritt trägt dazu bei, die Erde zu einem schöneren Ort zu machen. Man sollte politisches oder soziales Engagement auch nicht als Bürde oder Last begreifen, sondern als Möglichkeit zur persönlichen Reifeentwicklung. Und nicht zuletzt macht es sehr viel Spaß, sich einzumischen und sich zu engagieren, sofern man auf seinen persönlichen Energiehaushalt und seine eigenen Grenzen achtet.

Wir werden tagtäglich mit Halbwahrheiten, Lügen, Verzerrungen und Propaganda zugebombt, die nicht immer als solche zu erkennen sind. Es ist wichtig, sich dessen bewusst zu werden, seinen kritischen Verstand zu schärfen und nach alternativen Informationsquellen (wie z.B. dem Rotdorn) zu suchen. Nur wer nicht alles

schluckt, was ihm vor die Füße geworfen wird, hat auch die Möglichkeit, hinter die Kulissen zu schauen und eine differenzierte Sichtweise zu entwickeln.

Wo fange ich an?

Die Möglichkeiten sind groß und vielfältig. Viele Organisationen und Bewegungen freuen sich über engagierten Nachwuchs (der Rotdorn auch!). Auf der Rotdorn-Homepage (www.rotdorn.org) findet ihr eine Linkliste zu vielen sozialen Bewegungen. Eine kleine Auswahl, wo ihr euch engagieren könnt:

Bei Attac oder der antifaschistischen Linken Berlin (ALB) oder bei Amnesty International oder bei Linksjugend.Solid oder bei Indymedia oder bei der Kampagne gegen Wehrpflicht oder beim BUND oder Greenpeace...

By epikur



www.zeitgeistlos.de

Anzeige

Das Attac-Bankentribunal

Vom 9. bis 11. April 2010 fand in der ausverkauften Volksbühne in Berlin mit prominenten Beteiligten ein Bankentribunal des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac statt, um die wahren Verursacher der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise öffentlichkeitswirksam zur Rechenschaft zu ziehen. Im folgenden Auszüge aus der Urteilsverkündung.

Worüber wird geurteilt?

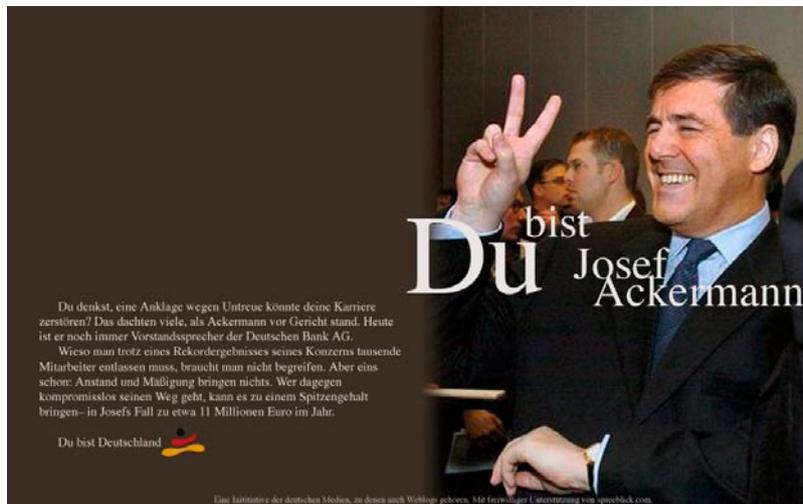
Über die aktuelle beispiellose Finanz- und Wirtschaftskrise, die allenfalls mit der Finanz- und Wirtschaftskrise vor 80 Jahren vergleichbar ist. Über die Dynamik einer kapitalistischen Wirtschaft, die sich in drei Dimensionen als destruktiv erwiesen hat: das Kreditschöpfungspotential des Bankensystems hat sich aus der realwirtschaftlichen Verankerung gerissen. Der gesellschaftliche Wohlstand hat das Naturvermögen, die Sparbüchse des Planeten zum Nulltarif verschlissen. Das wirtschaftliche Wachstum ist immer mehr ungleich verteilt und hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesprengt.

Über wen wird geurteilt?

Nicht über eine Krise, die wie ein finanzwirtschaftlicher Sachzwang, eine Naturgewalt oder eine geschichtliche Notwendigkeit über die Gesellschaft hereingebrochen ist. Zwar verbreiten Finanzwissenschaftler bereits wieder die Legende, dass Finanzkrisen zum Kapitalismus dazugehören wie das Wasser zum Meer, oder dass expansive und kontraktive Impulse an den Börsen einander abwechseln wie im Blutkreislauf, oder dass euphorische Phasen der Blasenbildung und das Platzen einer Blase wie die Jahreszeiten kommen und gehen. Nein, die Finanzmärkte sind keine leblose Maschine, sie sind das Produkt gesellschaftlicher Entscheidungen, das, was Menschen aus ihnen machen und machen wollen, wessen Interessen sie bedienen, wessen Nutzen sie mehreren sollen. Deshalb wird geurteilt über kollektive Akteure, über staatliche Organe und finanzwirtschaftliche Institutionen.

Beweisaufnahme

Die Jury hat sich bei der Beweisaufnahme von drei zentralen Fragen leiten lassen: Welche Rolle spielte die Verteilungspolitik bei der Entstehung von Finanzblasen? Welche Defizite gab es bei der Regulierung der Finanzmärkte? Und auf wen wurden die



Josef Ackermann: Chef der Deutschen Bank

Kosten der Finanzkrise abgewälzt? In der Chronologie der Ereignisse ergab sich dabei folgende Bewertung:

1.) Die Profiteure der Staatshilfen wurden nicht angemessen an den Rettungsaktionen beteiligt. Die Gläubiger der Banken mussten bisher gar keinen Beitrag leisten – und die Aktionäre nur sehr eingeschränkt. Dies gilt für die HRE und die Commerzbank, zeigte sich besonders krass aber auch bei der IKB. Obwohl institutionelle Investoren 50 Prozent der Aktien besaßen, übernahmen die privaten Banken nur 1,5 Milliarden Euro der Rettungskosten, die insgesamt 10,7 Milliarden betragen.

2.) Oft ist nicht einmal bekannt, wer von den Staatshilfen profitiert. Die Gläubiger der Pleite-Institute werden geheim gehalten. Anders in den USA: Dort wurde auf Druck des Parlaments veröffentlicht, wer die staatlichen Rettungsmilliarden für den Versicherungskonzern AIG erhalten hat (wie sich dann zeigte, war die Deutsche Bank mit 12 Milliarden Dollar einer der Hauptempfänger). Auch die deutschen Steuerzahler haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wer ihre Milliarden erhält. Die Bundesregierung hat es versäumt, die nötige Transparenz zu schaffen.

Fazit und Forderung

1.) Die Finanzwirtschaft hat der Realwirtschaft zu dienen. Es sind daher alle Finanzprodukte zu verbieten, die keinen zwingenden Nutzen für die Kreditversorgung von Unternehmen und Privatpersonen haben. Dies gilt etwa für ungedeckte Leerverkäufe oder komplexe Kreditverbriefungen.

2.) Es darf kein Finanzunternehmen oder Finanzgeschäft oder Finanzplatz außerhalb der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle verbleiben. Dies bedeutet auch ein Verbot von Zweckgesellschaften.

3.) Die Finanzwirtschaft ist grotesk überdimensioniert. Viele Banken haben gar keinen erkennbaren Geschäftszweck (IKB, Landesbanken) oder flüchteten in die Spekulation und den Eigenhandel, weil mit dem klassischen Bankgeschäft kaum Gewinn zu machen war. Der

Finanzsektor muss schrumpfen und Eigenhandel verboten werden. Letztlich bedeutet dies: Die Privatbanken entwickeln ein Profil, wie die Sparkassen es schon haben. Sie dienen der Realwirtschaft.

4.) Es darf keine „systemrelevanten“ Banken mehr geben, die bei Schieflage mit Steuermitteln gerettet werden müssen, um eine „Kernschmelze“ des Finanzsystems zu verhindern. Die Größe der Banken ist also zu reduzieren (evtl. durch Zerschlagung). Das bedeutet auch: Es werden keine Fusionen von Banken mehr zugelassen.

5.) Die Risikovorsorge bei den Banken muss deutlich verstärkt werden und das hinterlegte Eigenkapital steigen. Zudem sollten die Eigenkapitalanforderungen mit der Größe der Bank zunehmen, um gefährliche Konzentrationsprozesse zu bestrafen.

6.) Es kann nicht sein, dass Rating-Agenturen von ihren Auftraggebern bezahlt werden. Hier ist dem Vorschlag des Zeugen Sven Giegold zu folgen, dass die Investoren für die Ratings aufkommen müssen.

Bisher sind die Gläubiger der Banken nicht an den Rettungskosten beteiligt worden, obwohl sie die Profiteure der Milliardenpakete sind. Dies muss über eine gezielte Steuerpolitik korrigiert werden. Begründung: Das Vermögen in Deutschland ist sehr ungleich verteilt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt bereits 23 Prozent des Volkvermögens. Das reichste Zehntel vereinigt schon 61 Prozent auf sich. Umgekehrt gehört den unteren 70 Prozent nur ganze 9 Prozent des Gesamtvermögens. Man kann also zusammenfassen: Von den Bankenrettungspaketen haben nur die reichsten 30 Prozent der Bundesbürger profitiert.

»Es muss eine große Skandalisierung des ganzen Finanzmarktgeschehens stattfinden«

Interview über das Banktribunal mit dem Politikwissenschaftler Prof. Peter Grottian

Prof. Grottian ist seit 1979 Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin. Neben seiner Tätigkeit als Hochschullehrer, der er seit 1985 aus politischer Überzeugung in Teilzeit nachgeht, engagierte und engagiert sich Prof. Grottian ehrenamtlich in diversen politischen Initiativen. Dazu zählen unter anderem das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« und die »Initiative Berliner Bankenskandal«, deren Mitbegründer er war und als einer deren prominentesten Vertreter er gilt. Zudem ist er offizieller Unterstützer der überwachungskritischen Datenschutzdemonstration Freiheit statt Angst. Des Weiteren ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Nach Berichten des Nachrichtenmagazins Der Spiegel vom Juni 2006 wird Prof. Grottian seit 2003 unter anderem durch V-Personen vom Verfassungsschutz des Landes Berlin beobachtet. Prof. Grottian bereitete das Banktribunal in einer Projektgruppe mit vor und saß während des Banktribunals auf der Bank der Ankläger. Nicht zuletzt war und ist er aktiv in der Bildungsstreikbewegung. Das Interview entstand im Rahmen unserer Radiosendung Rotdorn Radio. Sowohl die Fragen als auch die Antworten sind stark gekürzt. Das vollständige Interview ist als .mp3-File auf unserer Homepage www.rotdorn.org zu hören.



Prof. Peter Grottian

Rotdorn Radio: Vom 9. bis 11. April 2010 fand in der Volksbühne Berlin das Banktribunal von Attac statt. Was war die Idee des Tribunals?

Peter Grottian: Es gibt bisher leider überhaupt keine Aufarbeitung der Finanzmarktkrise und des Verhaltens der Politik. Der Sinn war, öffentlich ein Gegenpol zu setzen und die Finanzmarktkrise zu durchleuchten. Gleichzeitig sollte das Verhalten der Politik öffentlich gemacht werden.

Rotdorn Radio: Im Herbst letzten Jahres wurden von der Politik über 480 Milliarden Euro bereit gestellt, um die Banken zu retten. Was wäre passiert wenn die deutsche Regierung dies nicht getan hätte?

Peter Grottian: Das ist schwer zu beantworten, weil unklar ist, welchen Flurschaden es ausgelöst hätte, wenn man z.B. die HypoRealEstate oder die Commerzbank nicht gerettet hätte. Man kann jedoch genau hinschauen, ob das Krisenmanagement von Merkel und Steinbrück so alternativlos gewesen ist oder nicht. Das Banktribunal hat hier gezeigt, dass Poli-

itik und Bankenaufsicht weitgehend blind gewesen sind. Es gab auch keinerlei Versuche der Aufklärung oder der Transparenz.

Rotdorn Radio: Wie ist die Rolle von Josef Ackermann, dem Chef der Deutschen Bank, einzuschätzen?

Peter Grottian: Ackermann hat zu nächst an der Krise viel verdient. Als es jedoch anfang zu kippen, d.h. die Deutsche Bank höchstwahrscheinlich auch hätte bezahlen müssen, begann die Erpressung an den Staat und die Forderung nach mehreren hundert Milliarden Euro zur Rettung deutscher Banken.

Rotdorn Radio: Wo ist das Geld eigentlich geblieben?

Peter Grottian: Die Regierung tut alles, um jede demokratische Kontrolle zu vermeiden. Es bleibt alles geheim, warum und wieso entschieden wurde, weshalb die Commerzbank und die HypoRealEstate gerettet worden sind. Und warum vor allem letzterer 110 Milliarden Euro zugeflossen sind. Selbst die Abgeordneten haben keine Ahnung. Nur neun Abgeordnete haben die Möglichkeit, sich einen Einblick zu verschaffen, dürfen aber trotzdem nicht darüber sprechen. Der Parlamentarismus und die Demokratie werden in diesem Fall massiv geschädigt. Die Abgeordneten müssten die Arbeit solange niederlegen, bis es wieder einen Hauch von parlamentarischer Kontrolle gibt.

Rotdorn Radio: Wenn es so düster aussieht, was kann man dann eigentlich noch dagegen tun?

Peter Grottian: Im Grunde genommen muss eine große Skandalisierung des ganzen Finanzmarktgeschehens stattfinden, wie z.B. eine Besetzung von 20 Bankfilialen. Das Banktribunal ging in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Ein systematischer Reputationsschaden für die Deutsche Bank muss daraus folgen, denn das ist das Einzige was große Unternehmen verstehen. Es muss Aufklärung stattfinden, aber auch ein Tritt vor das Schienbein. Ansonsten wird man nicht ernst genommen. Ziviler Ungehorsam darf nicht nur gespielt werden, es muss dem Konzern auch schaden. Es gibt positive Beispiele, dass Kundenboykotte Erfolg hatten.

Rotdorn Radio: Auf dem Banktribunal ist es zu keinem Schuldspruch gekommen. Außerdem hat der Publizist und Mitinitiator Werner Rügemer im Vorfeld der Vorbereitungen das Projekt verlassen, da Attac die staatliche Bankenrettung nicht grundsätzlich in Frage stellen würde. Wie sieht Deine Kritik zum Banktribunal aus?

Peter Grottian: In der Vorbereitung gab es schon unterschiedliche Vorstellungen über das Banktribunal. Manche hätten sich auch ein schärferes Urteil gewünscht. Jedoch hätte auch das in der Wirkung nicht viel mehr bewirkt. Die Grundfrage, die sich stellt, ist, wie Attac aus dem Tribunal einen gesellschaftspolitischen Konflikt macht? Denn so wird die Veranstaltung weder bei Politik, noch bei den Herrschenden großartig wahr genommen. Insofern muss man nachlegen, also z.B. Banken besetzen oder große Plakate aufstellen, in denen die strukturelle Komplizenschaft von Politik und Banken aufgezeigt wird.

Der Widerstand in Honduras

In Honduras kam es am 28. Juni 2009 zum Militärputsch. Die Bilder davon gingen binnen weniger Stunden um die Welt. Aber wie kam es eigentlich dazu? Honduras war bisher auf der Landkarte politisch Linker nicht so richtig präsent.

Der Anfang ist um den 19. Juli 2008 zu finden. An dem Tag feierte das südliche Nachbarland Nicaragua den 29. Jahrestag seiner Revolution, die die Nationale Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) an die Macht gebracht hatte. An diesem Tag sprach der Präsident von Honduras, Manuel Zelaya, in Managua (der Hauptstadt Nicaraguas) aus Anlass der Feierlichkeiten und verkündete, dass das Volk von Hondu-

sen wurde, musste er sich neue Freunde suchen und diese fand er unter den wenigen linken Parlamentsmitgliedern sowie unter den Aktivisten der verschiedenen sozialen Bewegungen des Landes. Dies bedeutete, dass sein politischer Kurs mehr und mehr nach links driftete. So wurde im Laufe der nächsten Monate der Mindestlohn kräftig angehoben, die Waffenlager an der Grenze zu Nicaragua aufgelöst, Verordnungen zur

Der Putsch

Am 28. Juni 2009 kamen die Putschisten um drei Uhr morgens in die Residenz des honduranischen Präsidenten Zelaya. 200 Soldaten umstellten den Palast. Nur eine halbe Stunde lang konnten die Leibwächter Widerstand leisten. Die Armee stürzte den demokratisch gewählten Präsidenten Zelaya und übernahm die Macht.



Das Volk organisiert sich gegen die Putschisten

ras schon immer den revolutionären Kampf ihres Brüdervolkes verfolgt hätte. Damit reinterpretierte er teilweise die Geschichte, da in den 1980er Jahren US-finanzierte Kontrarevolutionäre vor allen Dingen in Honduras Unterschlupf fanden. Aber es bedeutete die Einleitung einer freundschaftlicheren Epoche zwischen den zwei Ländern. Ein schwerwiegender Grund für die Neuausrichtung war sicherlich auch das Angebot der linken Regierung Venezuelas, Öl unter sehr günstigen Konditionen an die zentralamerikanischen Republiken zu liefern.

Der Wandel Zelayas

Zelaya war jedoch Mitglied der rechten Liberalen Partei, und nicht alle mochten die Neuausrichtung der Außenpolitik. Als er von den Eliten des Landes im Stich gelas-

sen wurde, musste er sich neue Freunde suchen und diese fand er unter den wenigen linken Parlamentsmitgliedern sowie unter den Aktivisten der verschiedenen sozialen Bewegungen des Landes. Dies bedeutete, dass sein politischer Kurs mehr und mehr nach links driftete. So wurde im Laufe der nächsten Monate der Mindestlohn kräftig angehoben, die Waffenlager an der Grenze zu Nicaragua aufgelöst, Verordnungen zur

Einhaltung von Ökostandards in Kraft gesetzt und die Ausweitung verschiedener sozialer Kampagnen und Gesetzgebungen aus Nicaragua nach Honduras geplant. Für den Tag des Putsches hatte Zelaya eigentlich den ersten Teil eines Volksabstimmungsprozesses angekündigt um die Verfassung des Landes zu verändern. Erklärtes Ziel dabei war es, eine Obergrenze an Landbesitz festzulegen, um damit den Urbewohnern und Kleinbauern landwirtschaftliche Areale zugänglich zu machen und Institutionen direkter Demokratie politischen Einfluss zu übertragen, um damit den Eliten des Landes dauerhaft ein Stück der Macht zu entziehen.

Nachdem der Putsch Realität war, begannen erstmals in der Geschichte weite Teile der Bevölkerung sich zu organisieren und formten dabei die Nationale Volkswiderstandsfront (FNRP). Bis hin zu den Wahlen im November 2009, bei denen Zelaya in jedem Falle sein Amt hätte aufgeben müssen, kämpften diese für die Wiedereinsetzung Zelayas. Seitdem setzen sie sich für Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung und für Neuwahlen für das Präsidentenamt ein. Den Präsidenten Porfirio Lobo, der bei den Wahlen im November gewählt wurde, erkennen sie nicht als Präsidenten an, da die Wahlen nicht von den gewöhnlichen internationalen Organisationen beobachtet wurden und es sowohl während wie auch vor den Wahlen zu massiven Einschüchterungen von Seiten des Militärs kam.

Europa

Aus Europa hatte sich vor allen Dingen die FDP-nahe Friedrich Naumann-Stiftung in den Tagen nach dem Militärschlag bemerkbar gemacht. Diese hatte in den Medien von Honduras verbreitet, dass der Putsch aus ihrer Sicht unausweichlich gewesen war. Obwohl ansonsten eine gesammelte Weltöffentlichkeit sich offiziell gegen den Putsch aussprach und US-Außenministerin Hillary Clinton sich offiziell für eine friedliche Lösung einsetzte, wurde schnell klar, dass Europa und die USA entweder direkt beim Putsch mitgeholfen haben, oder ihn auf jeden Fall stillschweigend akzeptieren werden. Die Regierung Lobo wird zum Beispiel am EU-Lateinamerikagipfel in Madrid im Mai diesen Jahres teilnehmen dürfen.

Der Widerstand

Den Widerstand aufzubauen ist nicht leicht. Das letzte Mal, dass etwas großes in Honduras passierte, war unter dem Bananenstreik von 1954. Damals waren die Behörden hart gegen die Streikenden vorgegangen, und zusätzlich wurde eine kirchliche Kampagne in Gang gesetzt, um das Land vom bösen Kommunismus zu reinigen. Als es in den frühen 1980ern wieder so aussah als wenn es zu einem sozialem Umsturz kommen könnte und die Mächtigen des Landes die nicaraguanische Revolution noch frisch in Erinnerung hatten, brachten sie kurzerhand die allermeisten Aktivisten um.

Deshalb sind die allermeisten Aktivisten heute relativ junge Leute, und der Widerstands-



kampf ein Lernprozess. Die ständigen aktuellen Angriffe und gezielten Ermordungen von Seiten der Polizei und des Militärs machen dies auch nicht gerade einfacher. Trotzdem haben es die Protestierenden geschafft schon 10 Monate mit andauernden Streiks und Blockaden das Land in einen andauernden Krisenzustand zu versetzen.

Ich selbst habe einen Film über diese Aktivisten gedreht, der sich seitdem in ganz Lateinamerika, den USA und Europa ver-

breitet hat. Mann kann ihn von der Seite <http://www.johanneswilm.org/honduras> gratis runterladen. Ich hoffe, dass dies den Aktivisten hilft, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und das Wissen über ihren Kampf zu verbreiten.

Johannes Wilm

Der dänische Autor wohnte die letzten zwei Jahre in Nicaragua. Dort entwickelte er zusammen mit Nikaraguanern aus der Open Source Bewegung ein nationales Informationssystem für das sandinistische Landwirtschaftsministerium. Das Informationssystem soll dem Land erlauben, die Produktion besser zu steuern und zugleich den Kleinbauern mehr Informationen über die Marktbedingungen zu geben. Er war 1999 Gründungsmitglied der sozialistischen Jugendorganisation [solid].



Anzeige

Obama entschärft Atomdoktrin
US-Regierung ändert Militärstrategie: Nuklearer Angriff nur noch unter eingeschränkten Bedingungen

Israel: Einzige Demokratie im Nahen Osten

Afghanistan: Karsai legt sich mit dem Westen an

Berlin kommt am besten durch die Krise

Vorschlag der Grünen: Hartz-IV-Empfänger als Hundekot-Kontrollure

Frühlingsgefühle am Arbeitsmarkt

Angriff auf Bundeswehr nahe Kundus: Bedingt gefechtsbereit

www.jungewelt.de

Bestenrekord mit 165.000 Fällen

So wird bei Hartz IV abgezockt!

Am Kiosk

Iran entwickelt Atomsprenkopf

Früherer Sowjeforscher half bei Konstruktion der Waffe

Linke Gewalt schwer im Kommen

Massiver Mißbrauch auch in DDR-Heimern

Zensur: Kurierservice DHL hilft Kubas Regime beim Schnüffeln

Kein Geld für Krieg

Papandreou sucht Dialog mit den Türken

Sozialistisches Experiment

Wie Chávez Venezuela herunterwirtschaftet

Die Tageszeitung

junge Welt

Gegründet 1947 · Sonnabend/Sonntag/Montag, 3.14.15. April 2010 · Nr. 78 · 1,60 Euro · PVS: A1092 · Entgelt bezahlt

Formeldiktat
2 Srebrenica-Resolution des Beigrader Parlaments: AJUSA und EU geben in Serbien den Ton an. Inser new

Verfassungsbeschwerden
5 Widerstand gegen die Measidensammung der Union von Lilla Jeloka

Charmeoffensive
9 Ruffand und die Ukraine haben eine neue Runde im Energiepokler eröffnet. Von Tomasz Korcz

Geisteslandschaften
10 Paris orientiert im Grande Palais d'englischen Maler William Turner. Von Gerhard Wagner

Besatzungswahlen
Neuliche Kommunalwahlen feiern die Abstimmung von 7. März im lok als Festigung der Demokratie der 95. Verfassung und aus Widerstand dagegen hat sich wenig geändert. Von Joachim Guillard Seite 3

CIA macht Stimmung
Wie der US-Geheimdienst die...

Politikwechsel: Auf unbekannte Zeit verschoben

6 Monate Rot-Rot in Brandenburg

Als am 04. November 2009 der Koalitionsvertrag zwischen SPD und DIE LINKE in Brandenburg besiegelt wurde, war die Kritik einer Minderheit in der LINKEN ebenso deutlich wie die breite Zustimmung einer Mehrheit der Parteibasis.

Der Abbau jeder vierten Stelle im Öffentlichen Dienst, die Beibehaltung versteckter Studiengebühren und des mehrgliedrigen Schulsystems, keine Rücknahme der Schönbohmschen Überwachungsgesetze, keine Demokratisierung in der Volksgesetzgebung, kein Wahlalter 16, die Begrüßung des Lissabon-Vertrages oder die Zustimmung zu weiteren Tagebauten und der Endlagerung von CO₂ – eine linke Handschrift schien den KritikerInnen kaum erkennbar. Besänftigen sollte der Hinweis der RegierungsbefürworterInnen, dass man zumindest mehr schaffen könne, als der Koalitionsvertrag vorsah.

Sechs Monate nach der Regierungsbildung fällt die Bilanz dabei nicht besser aus, als KritikerInnen erwartet hatten. Der Stellenabbau im Öffentlichen Dienst wird rigide in die Tat umgesetzt: Noch binnen dieser Legislaturperiode wird fast jede zehnte Stelle im Landesdienst abgebaut. Der DGB spricht treffend von „Stellenkahlschlag“ und kündigt schon jetzt zusammen mit den Einzelgewerkschaften Widerstand an. Die versprochenen 8000 Stellen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), in denen vor-

allem Langzeitarbeitslose beschäftigt werden sollen, lassen auf sich warten. Erst zum Ende der Regierungsperiode 2014 sollen alle 8000 Stellen geschaffen werden – vorausgesetzt die von Unionsparteien und FDP geführte Bundesregierung führt die Förderung solcher Stellen fort, was aber allgemein bezweifelt wird. Der ÖBS scheint damit jetzt schon eine Totgeburt zu sein.

Aber es gibt auch positives zu vermelden. Während die Regierungsparteien, insbesondere die SPD, noch im Koalitionsvertrag Reformen für soziale und demokratische Hochschulen ablehnten, erkämpften im Winter 2009 Studierende an den Brandenburgischen Hochschulen eine Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes. Wochen- und Monatlang hatten Studierende insbesondere Hörsäle an der Universität Potsdam und FH Potsdam besetzt. Der freie Master für alle BA-AbsolventInnen, Rücknahme von rigiden Exmatrikulationsregeln und Demokratisierung der Hochschulen waren die Kernforderungen aus dem Bildungstreik. Doch nun versucht die Wissenschaftsministerin ein neues Hochschulgesetz im Eilverfahren durch den Landtag zu bringen – auf der Strecke bleibt eine breite Beteiligung der betroffenen Studierenden und WissenschaftlerInnen. Wesentliche Verbesserungen wird es hier ohne weiteren Druck an den Hochschulen kaum geben.

Während die Beschäftigten des Landes,

Studierende, SchülerInnen oder Arbeitslose bisher nicht viel von der rot-roten Landesregierung zu erwarten hatten, zeigt der Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE), wo die Prioritäten der Landesregierung liegen: Nur wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Minister kündigte er die Einrichtung eines Referates „Strategische Kommunikation“ im Wirtschaftsministerium an. Angesichts massiver Proteste gegen weitere Tagebaue und die unterirdische Endlagerung von CO₂ soll die neue Lobby- und Propagandaabteilung für den Energiemulti Vattenfall werben. Der Weg hin zu einem wirklichen Politikwechsel ist länger geworden.

Norbert Müller



Der Autor kandidierte nominiert durch die Linksjugend [solid] auf der Liste der LINKEN Brandenburg für den Landtag und ist Landessprecher des Verbandes

Sozialismus ist der beste Umweltschutz!

Atommeiler, Genfood-Industrie und Kohlekraftwerke dicht machen!

linksjugend [solid]

www.linksjugend.de

Filmtipp: Birdwatchers

»Birdwatchers - Das Land der roten Menschen« ist ein Film, der von dem Leben der Ureinwohner Brasiliens handelt. Die weißen Grundbesitzer im brasilianischen Mato Grosso do Sul verdienen sowohl am Anbau genveränderter Pflanzen als auch am »Birdwatching« der Touristen.

Die dafür engagierten Guarani-Kaiowa-Indianer fristen ein perspektivloses Leben, das ihre Jugend in den Selbstmord treibt. Als ihr Häuptling das Volk aus dem Reservat in das Land der Vorfäter zurückführt, beginnt eine dramatische Handlung, die von den indianischen Darstellern hervorragend authentisch gestaltet wird. Beeindruckende Bilder!

Stefan Lippianowski

Arm, aber sexy

Deutschlandweit ist das Armutsrisiko in Berlin am größten

Berlin sei arm, aber sexy. Mit diesem „sinnvollen“ Ausspruch ist der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, bekannt geworden. Zumindest ersteres trifft auf jeden fünften Berliner zu. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung sind 20% aller Berliner auf staatliche Unterstützung angewiesen, um ihre Existenz zu sichern. Im Vergleich dazu sind es z.B. in Bayern und Baden-Württemberg gerade einmal 5%.

Die Studie ergab weiterhin, dass das Risiko, in Armut zu leben, deutschlandweit in Berlin am größten ist. Ein Viertel der Berliner, also etwa 835.000 der 3,4 Millionen Einwohner Berlins, leben in Gebieten, die laut der Studie zu den Ballungsräumen von Arbeitslosigkeit und Armut gehören. Von diesem Viertel haben etwa 40% einen Migrationshintergrund. Fünf Stadtgebiete seien von Armut besonders betroffen: Wedding/ Moabit, Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Nord-Marzahn/ Nord-Hellersdorf und Spandau-Mitte. Diese Problemkieze hätten den „niedrigsten Entwicklungsindex“. Das bedeute v.a. zu-



nehmende Kinderarmut, eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und eine hohe Zahl von sogenannten „Aufstockern“, also Menschen, die trotz Arbeit von ihrem Lohn nicht leben können und auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sind.

Ein weiteres Problem ist die steigende Altersarmut. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berichtete, schon heute habe mehr als jeder vierte Deutsche gar kein Vermögen oder sei verschuldet. Gewarnt wird davor, dass mehr Menschen wegen Arbeitslosigkeit und reduzierter Sozialleistungen im Alter verarmen. »Zusätzliche private Altersvorsorge wird nach den Reformen bei der Alterssicherung immer wichtiger«, sagte DIW-Experte Mar-

kus Grabka. Dafür hätten Geringverdiener aber meist kein Geld übrig. Auch Langzeitarbeitslose könnten so gut wie kein Vermögen für das Alter aufbauen. »Dies gilt besonders für Ostdeutschland, denn hier haben wir ohnehin eine geringere Vermögensbildung als im Westen und deutlich mehr Langzeitarbeitslose.«

sk



Für handlungsfähige Kommunen streiten

Stabile Finanzen und Rekommunalisierung sind Chancen für gestaltungsfähige Kommune

Nein, wir leben wahrlich nicht im Jahr Eins nach der Krise, denn nach der Krise des privaten Finanzmarktes, die von Superlativen begleitet nur scheinbar glimpflich verlaufen ist, folgt nun eine Krise der kommunalen Haushalte. Doch diese wird durch den Einbruch der kommunalen Einnahmen in Folge der Krise bestenfalls begünstigt:

Denn die Hauptursache für den drohenden Bankrott der Kommunen ist eine fortwährende Steuersenkungspolitik, welche vor nunmehr gut 10 Jahren unter Rot-Grün begann und seit dem ununterbrochen fortgesetzt wurde. Durch die Erleichterungen zugunsten des privaten Reichtums steigt die öffentliche Armut. So mussten die Kommunen Einnahmeverluste in Milliardenhöhe verkraften. Diesen Mindereinnahmen stehen Mehrausgaben durch Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf die Kommunale Ebene entgegen. Alles in allem summiert sich das prognostizierte kommunale Haushaltsdefizit auf rekordverdächtige 12 Mrd. Euro.

Es ist Zeit für eine solide Finanzausstattung der Kommunen, um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!

Die Kommunen haben keine Möglichkeit der Abfederung dieser Entwicklung: Kam Mitte der 90er wenigstens noch ein Teil der kommunalen Einnahmen aus eigener wirtschaftlicher Betätigung, wie beispielsweise aus Erlösen aus Stadtwerken, haben sich inzwischen vielen Kommunen durch Privatisierungen als neoliberaler Königsweg der Haushaltskonsolidierung ihrer Vermögensbestände der öffentlichen Daseinsvorsorge entledigt. Doch die Privatisierung öffentlicher Leistungen hat sich als Irrweg erwiesen. Höhere Preise und Gebühren, schlechterer Service, rücksichtlose Ausnutzung von Angebotsmonopolen, weniger demokratische Kontrolle, prekäre Arbeitsverhältnisse und geringere Einnahmen für die kommunalen Haushalte – das ist in vielen Orten die Realität.

Doch Kommunen brauchen Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen. Dazu bedarf es sowohl einer Steuerreform, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt stärkt als auch eine Neuordnung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die Steuerauffälle der Kommune kompensiert. Auch Rekommunalisierungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Kommunalwirtschaft. Unternehmen in öffentlicher Hand bewahren auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Handlungsspielräume in den Kommunen, haben aber den Vorteil, dass sie sich nicht in erster Linie auf die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Gewinns konzentrieren müssen und so Belange ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit berücksichtigen können.

ANZEIGE



Dr. Axel Troost, MdB
Finanzpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE im
Deutschen Bundestag

Ständige Vertretung
Bürgerbüro Borna
Markt 6
04552 Borna
Telefon: 03433 / 855 855
Telefax: 03433 / 855 856

www.axel-troost.de
axel.troost@wk.bundestag.de

Sechsmonatiger Kriegsdienst – Kompromiss zu Gunsten der Bundeswehr

Wenn drei politische Parteien Verhandlungen über einen strittigen Punkt führen, kommt häufig genug ein untauglicher Kompromiss dabei heraus. In der Frage der Wehrpflicht stand die Aussetzungsposition der FDP der Pro-Wehrpflicht-Position der Union entgegen. Heraus gekommen ist die Verkürzung der Dienstzeit von neun auf sechs Monate, die bis zum Januar 2011 umgesetzt werden soll. Vertreter der Koalitionsparteien deuten diesen Kompromiss in der jeweils eigenen Lesart als Erfolg. Die FDP trommelt, mit der Verkürzung sei das Ende der Wehrpflicht eingeleitet, während die Union darin eine Chance sieht, sie zu retten.

Die öffentliche Debatte dreht sich mitnichten um Sinn und Zweck der Wehrpflicht, auch nicht darum, ob ein sechsmonatiger Wehrdienst nicht der Offenbarungseid ist, grundgesetzwidrig die Kriegsdienstpflicht aufrechtzuerhalten, allein um des Dienens willens und nicht zum Zweck der „Landesverteidigung“. Das Augenmerk liegt vielmehr auf den Auswirkungen eines sechsmo-

natigen Zivildienstes auf den Sozialbereich. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Zivi-Profitteur darüber klagt, er könne mit sechs Monaten Dienst nichts anfangen. Von „Ausstiegsdrohungen“ war allerorten zu hören und zu lesen. Eine Drohkulisse, die nicht vergeblich aufgebaut wurde. Mittlerweile liegt ein Gesetzentwurf des CSU-geführten Kriegsministeriums, sekundiert vom CDU-geführten Familienministerium, vor, wonach Dienststellen einen längeren Zivildienst anbieten können. Kommt die Union damit durch, werden zukünftig die „guten“ und „attraktiven“ Plätze von vornherein auf 10-12 Monate ausgelegt. Will der Dienstpflichtige „lediglich“ die gesetzlich festgelegte Dauer von sechs Monaten leisten, muss er mit einem „heimatfernen“ Dienst rechnen.

Funktionswandel der Wehrpflicht

Wer heute davon spricht, dass die Verkürzung der Wehrpflicht ein Einstieg in den Ausstieg sei oder dass sechs Monate Wehrdienst keinen „Sinn machen“, der hat ent-

Wehrpflicht bleibe weiterhin „unabdingbar“, aber nicht mehr für die „Landesverteidigung“, sondern für den „Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Befähigung zur Rekonstitution (gemeint ist die Wiederherstellung der Landesverteidigung, d.Verf.) sowie die eventuelle Unterstützung bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen.“ Auf dieser Grundlage wies Struck an, die Bundeswehr „weiterzuentwickeln“ und den Grundwehrdienst bei neunmonatiger Dauer an den Erfordernissen einer Interventionsarmee auszurichten. Alle Rekruten, ob neunmonatig Grundwehrdienstleistender oder achtjährig Freiwilliger, durchlaufen seither die gleiche dreimonatige Grundausbildung. Die Folge der Neuausrichtung wird von vielen Dienstleistenden als „Gammeldienst“ beschrieben, da sie ohne eigentliche „militärische Aufgabe“ ab dem vierten Monat in den Kasernen hocken. Ein demotivierender Dienst ist aber wenig geeignet, Nachwuchs zu rekrutieren und auch der grundsätzlichen Bereitschaft zum Dienen abträglich.

Bundeswehr profitiert vom kürzeren Wehrdienst

Wer heute davon spricht, dass die Verkürzung der Wehrpflicht ein Einstieg in den Ausstieg sei oder dass sechs Monate Wehrdienst keinen „Sinn machen“, der hat entscheidende Militärreformen der vergangenen Jahre nicht zur Kenntnis genommen.

Die Bundeswehr, wie sie heute organisiert und strukturiert ist, hat SPD-Verteidigungsminister Struck zwischen 2002 und 2005 auf den Weg gebracht. Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2003 wurde der Auftrag der Bundeswehr faktisch um die Landesverteidigung verschlankt. Es heißt darin, dass die Strukturen für die „Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angriff (...) nicht länger benötigt“ und deshalb abgebaut werden. Die

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Wehrpflichtkompromiss für die Bundeswehr als Chance, die Wehrpflicht an die weltweit einsetzbare Interventionsarmee anzupassen. Die Dienstverkürzung ist für die Bundeswehr militärisch ohne jede Relevanz. Grundwehrdienstleistende haben in der jüngsten Vergangenheit wie auch zukünftig keine unmittelbare militärische Funktion. Ein kürzerer Dienst ist für Dienstleistende aber einfacher, „erlebnisorientierter“ und vermeintlich „sinnstiftender“. Und da die Verkürzung mit einer Stellenreduzierung gekoppelt wird, gewinnt die Bundeswehr sogar dreifach. Der Zugriff auf den Nachwuchs aus der Truppe heraus bleibt unverändert gewährleistet, während gleichzeitig der Aufwand, Wehrpflichtige „zu beschäftigen“, verringert werden kann. Und für die Betroffenen sinkt mit jeder Verkürzung des Dienstes der Leidensdruck, um Protest und Widerstand gegen die Wehrpflicht zu organisieren.

Mehr „Wehrgerechtigkeit“?

Von Fachpolitikern der FDP bis zu Guttenberg und Merkel wird die Verkürzung mit „mehr Wehrgerechtigkeit“ verbunden. Gemeint ist, dass die Schere zwischen Dienstleistenden und „Vergessenen“ kleiner wird.

Anzeige



Ab 2011 sollen für sechs Monate Dienstleistende 25.000 Stellen in der Bundeswehr zur Verfügung stehen. Rechnerisch ergeben sich daraus 50.000 Einberufungen pro Jahr. Gegenüber dem bislang vorgesehenen Stellenplan für 2011, der 30.000 Stellen bei neun Monaten vorsah, ein Plus von rechnerisch 6.250 Einberufungen. Angesichts von Jahrgangsstärken von durchschnittlich 380.000 jungen Männern, die in den kommenden Jahren in die Wehrpflicht hineinwachsen, ist dieser Beitrag zur „Wehrgerechtigkeit“ verschwindend gering.

Wenig beachtet wird hingegen, dass mit der Ankündigung von „mehr Wehrgerech-

tigkeit“ das Wehrpflichtanhängsel in der Freiwilligenarmee nochmals reduziert wird. Bei einem Umfang von 250.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr werden statt auf 30.000 zukünftig auf 25.000 Stellen Grundis dienen.

Das zentrale Instrument zur Militarisierung einer Gesellschaft ist und bleibt die Wehrpflicht. Ohne Wehrpflicht fehlt der Transmissionsriemen zwischen Truppe und Zivilwelt. Nicht, weil befürchtet wird, die Truppe entwickle ein demokratiefreudliches Eigenleben (da helfen auch Rekruten nicht), sondern weil das Militär die gesellschaftliche Akzeptanz und Normalität verliere. So werden jedes Jahr 400.000

Haushalte mit der Bundeswehr konfrontiert, weil der Sohn, der Bruder, der Enkel, der Freund wehrrechtlich erfasst und zur Musterung geladen wird. Die hartnäckige Verteidigung der Kriegsdienstpflicht findet hierin ihren eigentlichen Grund.

Ralf Siemens

Der Autor ist Diplom-Politologe und Mitarbeiter der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (asfrab)



Buchtipps

Der politische Nachwuchs auf dem Prüfstand

Zum Buch von Thomas Leif „Angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle“, München 2009



und Regierenden nicht zu stören, z.B. wie die SPD-Spitze unter Müntefering. „Die Machtmechanik der führenden Politiker funktioniert auch ohne die Legitimation einer breiten Basis. Wahrscheinlich lässt sich ohne Rückkoppelung mit einer zunehmend verstörten, unberechenbaren Parteibasis und ohne deren Impulse sogar bequemer regieren...“, so Thomas Leif in seinem Buch. Das Primat der Politik wird immer mehr ausgehöhlt und das Mitregieren von Verwaltung und Wirtschaft wird zur Normalität. Die gegenwärtige parlamentarische Demokratie erlaubt erstaunlicherweise Gesetzentwürfe und Ausgabenvorschläge durch Firmenvertreter oder Wirtschaftsverbände. Der Souverän, das Volk, antwortet mit Parteiaustritten, Wahlboykott, Politikverdrossenheit und Entpolitisierung auf die Krise der sog. repräsentativen Demokratie. Thomas Leif spricht sogar von Demokratie-Entfremdung und Demokratie-Distanz.

Der Protest, das Aufbegehren der Jüngeren blieb und bleibt aus. Was bislang für typisch im Verhalten jeder Generation bei ihrem Schritt vom Kind zum Erwachsenen galt, die Abwehr und Ablehnung der Erwachsenenwelt, fiel bei der Generation zwischen 25 und 40 anscheinend völlig aus. Hat diese Generation abseits von medialen, allzu griffigen Sprachgirlanden neue politische Vorstellungen und Visionen in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht?

In Interviews mit jungen Berufspolitikern, Fachleuten und Journalisten, durch die Auswertung von wissenschaftlichen Stu-

dien und Analysen, geht der Autor den Problemen der Rekrutierung des politischen Nachwuchses und seines Politikverständnisses nach. Der Autor stellt u.a. die Familienministerin Kristina Schröder (CDU), als Beispiel für ein neoliberales Mainstream-Produkt, Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), als erfolgreichen Schleusenwärter der Macht, die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, ein Beispiel wie man trotz des „Etiketts links“ nach oben kommt, auf den Prüfstand. Auch die Jugendorganisationen der Parteien, eingeklemmt zwischen die Alternativen Rebellion oder Koffertragen, Ich-AG oder Ochsentour, untersucht das Buch.

Wie weit geht die Anpassung an den Mainstream der jüngeren Parlamentarier? Haben sie außer ihrer Jugend etwas Eigenständiges einzubringen? Unterliegen die Parteien bei der Auswahl ihrer Nachwuchspolitiker dem Diktat des gesellschaftlich verordneten Jugendlichkeitskults und der Angst vor selbständig denkenden, kantigen Charakteren? Droht Deutschland, wie der Autor Thomas Leif behauptet, der politische Stillstand angesichts solchen parlamentarischen Nachwuchses?

Interessant ist das umfangreiche und sehr gut gegliederte Werk, auch wenn man nicht jedes Urteil und jeder Konsequenz des Autors folgen mag.

Klaus Körner

82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben kein oder nur wenig Vertrauen in die Parteien (ARD Deutschlandtrend Juni 08). Die großen Parteien schrumpfen rasant. Hatte beispielsweise die SPD 1976 noch mehr als eine Million Mitglieder, ist es heute kaum die Hälfte. Das auf Volksparteien aufbauende Demokratie-Modell des Grundgesetzes steht so zur Disposition. Die gesellschaftliche Willensbildung, die lange durch die Diskussionen in den Parteien bestimmt wurde, ist längst von den Medieninszenierungen übernommen worden. Dass die Parteibasis jedoch immer mehr im Meinungsbildungsprozess fehlt und deshalb die Legitimation von Politik schwindet, scheint die Spitzenfunktionäre

Über die Initiative »kehrt marsch«



Karrieretrucks, Beratungen in Arbeitsagenturen, Messestände, Jugendoffiziere, Werbeanzeigen, Militär-Unis, Musikkorps, BigBand, Sport-Events, Gelöbnisse,... Die Liste der Werbemaßnahmen der Bundeswehr ist lang. Mehrere Millionen Euro lässt sich das deutsche Militär seinen Werbefeldzug jährlich kosten. Unter einem vermeintlich wohltätigen Deckmantel wird nicht nur versucht, den „fehlenden“ Nachwuchs zu rekrutieren, sondern auch das Image aufzupolieren um die Gesellschaft für die Arme und ihre Kriege zu gewinnen.

Dabei kennt die Bundeswehr keine Skru-

pel: Jugendliche werden mit Technik oder Sportangeboten geködert, Werbung nicht als solche kenntlich gemacht, Kritik völlig ausgeblendet und selbst Kinder werden schon für den Dienst an der Waffe geworben.

„kehrt marsch“ ist eine Mitmachkampagne gegen den Werbefeldzug der Bundeswehr. Sie setzt da an, wo es die Bundeswehr am meisten schmerzt – an der „Heimatfront“. Mit kreativem Protest möchte „kehrt marsch“ über die Werbestrategien der Bundeswehr aufklären und ein Zeichen gegen Kriegslogik und Militarisierung setzen.

Die Website www.kehrt-marsch.de informiert über bevorstehende Werbeaktionen der Bundeswehr, gibt Tipps, wie ihnen erfolgreich entgegengetreten werden kann, und bietet Aktions- und Informationsmaterialien an, die heruntergeladen und bald auch bestellt werden können

Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!

Die Kampagne wird momentan von einer kleinen Gruppe antimilitaristischer AktivistInnen aus verschiedenen Städten koordiniert. Das Organisationsteam ist grundsätzlich offen für Neulinge, die an der Koordinierung und Weiterentwicklung der Kampagne mitwirken wollen. Bei Interesse kontaktiert uns einfach.

Das Orgateam

Kurzmeldung

Arbeitslose für den Krieg

Die Bundeswehr sucht seit einiger Zeit in Zusammenarbeit mit vielen Jobcentern Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren. Auf der Bundeswehr-Homepage wird mit folgenden Worten geworben: „Viele Jugendliche haben sich arbeitslos gemeldet, die über ein Potenzial verfügen, das für uns interessant ist“. Wie so oft sollen die finanziell Schwachen und Arbeitslosen für die Reichen und Privilegierten in den Krieg ziehen, ihr Leben riskieren.

Dazu passt, dass die Hälfte der 5.836 in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldaten aus Gebieten der ehemaligen DDR stammen, während der Anteil an der bundesdeutschen Bevölkerung nur 20 Prozent beträgt.



Freiheit?

»Das, was man bei uns hier Freiheit nennt, das hat man nur nach Feierabend. Das hat man, wenn man pennt. Das, was man bei uns hier Freiheit nennt, das ist doch ziemlich schizophren. Diese Freiheit die macht Dich verrückt, die gibts in Scheiben, aber niemals am Stück. Das halbe Leben machst Du Lohnarbeit, die andere Hälfte bist Du Mensch auf Zeit. Die eine Hälfte wirst Du als Abtreter benützt, die andere Hälfte wird Deine Würde geschützt. Die eine Hälfte sollst Du Deine Knochen hinhalten, die andere Hälfte Deine Persönlichkeiten falten. Die eine Hälfte bist Du Untertan und in der Freizeit darfst Du König spielen«

- Floh de Cologne in ihrem Lied »Deine Freiheit« aus dem Album Lucky Streik vom Jahre 1973

IMI-Fact-Sheet: Bundeswehr und Schulen



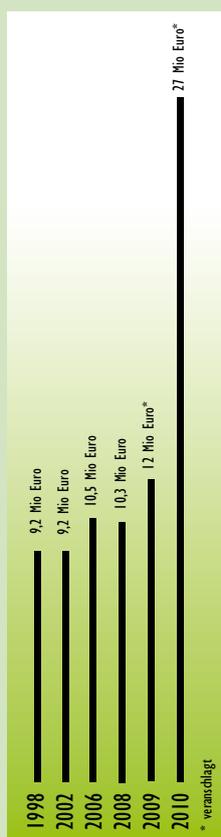
Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Inzwischen ist es Alltag, dass deutsche Soldaten in Afghanistan, im Kosovo, Kongo, im Golf von Aden und anderswo agieren. Vor 20 Jahren konnte sich das kaum jemand vorstellen. Immer mehr Menschen in Deutschland lehnen diese Politik ab und immer weniger sind bereit, Soldat zu werden und für so genannte „deutsche Interessen“ in den Krieg zu ziehen.

Die Bundesregierung und die Bundeswehr setzen vor allem bei jungen Menschen an. Sie sollen davon überzeugt werden, dass Soldaten in den Krieg geschickt werden müssen und dazu bewogen werden, sich als Soldat zu verpflichten und in den Krieg zu ziehen. Daher kommen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater in Schulen und Universitäten, veranstaltet die Bundeswehr Events für Jugendliche, wirbt im Internet, in Zeitungen, im Kino und im Fernsehen für den Soldatenberuf, Wehrdienstberater versuchen in Arbeitsagenturen arbeitslose Jugendliche zu rekrutieren und vieles mehr.

Die Schule ist sicherlich einer der besten Orte für die Bundeswehr, auf Jugendliche einzuwirken. Wenn der Jugendoffizier oder der Wehrdienstberater in den Unterricht kommt, ist die Teilnahme normalerweise Pflicht. Hinzu kommt, dass Offiziere in der Schule für eine Zeit die Rolle des Lehrers einnehmen und zusätzlich zu ihrer Uniform auch durch diese Position Autorität bekommen. In der Schule ist es für Jugendliche am Schwersten, sich dem Einfluss der Jugendoffiziere und Wehrdienstberater zu entziehen. Sie ist aber auch der Ort, an dem sich der meiste Protest gegen die Aktionen der Bundeswehr regt, nicht nur von Seiten der Schüler, sondern auch von Lehrern und Eltern.

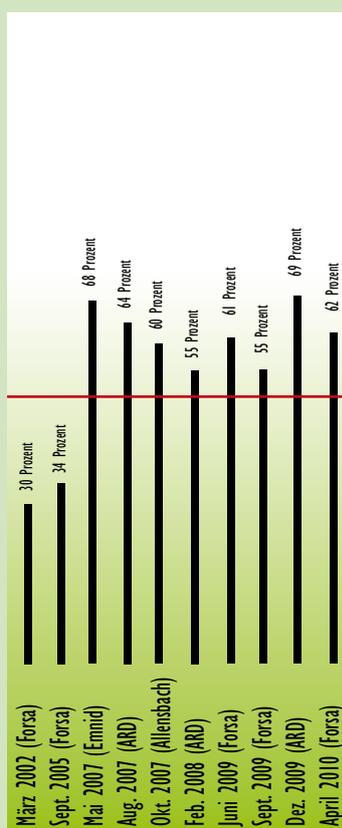
Auch wenn der Einfluss der Bundeswehr in den Schulen schon heute sehr groß ist, will das Bundesverteilungsministerium, dass die Bundeswehr mit allen Bildungsministerien Kooperationsabkommen schließt, um ihr hierrüber den Zugang zu den Schulen zu erleichtern. In vier Bundesländern bestehen bereits heute solche Kooperationsabkommen.

Kosten für Nachwuchswerbung



In den letzten Jahren steigen die Kosten für die Nachwuchswerbung massiv. Der Posten „Nachwuchswerbung“ in den Haushaltsplänen des Bundes erfasst jedoch lange nicht alle Mittel, die für die Anwerbung von Jugendlichen ausgegeben werden. Die Gehälter für Jugendoffiziere, ihre Reisekosten etc. sind in diesem Posten beispielsweise nicht enthalten.

Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes



Die aufgeführten Umfragen stammen von unterschiedlichen Meinungsforschungsinstituten. Dies bedeutet, dass die Fragen unterschiedlich sind. Dennoch zeigen sie, dass die Ablehnung zunimmt und seit einigen Jahren die Mehrheit der Deutschen den Einsatz ablehnt.

Warum wird jemand Soldat?

Manche Menschen wählen diesen „Beruf“ mit der Überzeugung, dass dies der richtige Job für sie ist. Allerdings wurden und werden viele Menschen nur deshalb Soldat, weil sie für sich nur schlechte oder überhaupt keine Chancen auf dem zivilen Arbeits- und Ausbildungsmarkt sehen. Dies ergeben Studien, die das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr erstellt.

Es ist nicht nur die Angst keine Arbeit zu finden, es ist auch der Druck, der durch Hartz IV entsteht. Jungen Menschen unter 25 Jahren, die Hartz IV beziehen, wird viel schneller die Hilfe gekürzt. Auch wenn bisher niemand dazu gezwungen werden kann, Soldat zu werden, zwingt die Angst vor Armut die Jugendlichen dann doch. Es gibt zudem eine enge Kooperation zwischen Arbeitsagenturen und der Bundeswehr. Wehrdienstberater werben regelmäßig in Büros der ARGEN arbeitslose Jugendliche an.

Ganz ähnlich ist es bei denjenigen Menschen, die studieren wollen. Seit ein paar Jahren muss man in den meisten Universitäten Studiengebühren bezahlen, die sich nicht jeder leisten kann. An Bundeswehruniversitäten ist das Studium hingegen scheinbar umsonst, tatsächlich jedoch muss man sich für viele Jahre als Soldat verpflichten. Dennoch nutzt die Bundeswehr die Studiengebühren an zivilen Unis, um für sich zu werben: „Studieren ohne Gebühren, Studieren mit Gehalt – Studium bei der Bundeswehr“. Sozial- und Bildungsabbau sorgen somit dafür, dass junge Menschen in den Soldatenberuf gedrängt werden.

Filmtipp: „Die Wolke“

Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen hat es die Atomlobby sehr gut verstanden, sich und ihre AKWs in Szene zu setzen. So wird uns die Atomenergie als eine umweltfreundliche Alternative präsentiert, die den Klimawandel entscheidend positiv beeinflussen könnte. Abgesehen davon, dass das nicht stimmt (siehe Kurzmeldung), scheint sich die deutsche Bevölkerung nicht über die Folgen eines Super-GAU im klaren zu sein! Diese werden jedoch eindrucksvoll in dem Film „Die Wolke“ vom Regisseur Gregor Schnitzler dargestellt.

Als die Abiturienten Hannah und Elmar sich das erste Mal in der Schule näher kommen, ertönt der ABC-Alarm. Die durch den Störfall im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld freigesetzte radioaktive Wolke löst Panik und Chaos aus und führt zur Trennung des frischverliebten Paares. Erst nach der Katastrophe findet Elmar Hannah in einem Auffanglager für junge Menschen wieder, die in den Regen der radioaktiven Wolke gekommen sind. Gezeichnet durch die radioaktive Strahlung müssen die beiden versuchen, ein Leben in einem Deutschland zu führen, das nun die Folgen seiner riskanten Umweltpolitik zu spüren bekommt. Primär geht es wirklich um die Auswirkungen, die solch ein Super-GAU auf ganz Deutschland und direkt betroffene Personen hätte, nicht die Liebesbeziehung der beiden oder deren Entwicklung steht im Vordergrund!

Schockierend ehrlich wird gezeigt, wie der Katastrophenschutz in Deutschland versagt, wie Hannah nicht nur den Verlust ihrer Haare verkraften muss und wie wenig Deutschland auf so eine Katastrophe vorbereitet wäre! Der Film basiert auf dem Buch „Die Wolke“ von Gudrun Pausewang und ermahnt uns Menschen, intensiver auf die Abstellung und Stilllegung der AKWs in Deutschland zu drängen!



MK

Kurzmeldung

Atomkraftwerke - die ständige Gefahr eines Super-GAUs

Die Stilllegung noch betriebener Atomkraftwerke scheint wieder einmal in weite Ferne gerückt. Die Bundesregierung legt sich auf kein endgültiges Abschaltungsdatum fest und will uns die Atomenergie weiterhin als nachhaltig und umweltfreundlich verkaufen. Dabei deckt das Uran nur 2,8 % der Energiereserven ab und würde somit noch vor den Öl- und Erdgasreserven zur Neige gehen. Hinzu kommt die Atommüllproblematik. Momentan sind weltweit 435 Atomkraft-

werke in Betrieb, 29 weitere befinden sich im Bau und 64 weitere sind in Planung. Die USA liegen dabei mit 103 betriebenen Atomkraftwerken klar auf Platz eins. Europaweit führt Frankreich mit 59 AKWs, gefolgt von Russland (31 AKWs), Großbritannien (19 AKWs) und Deutschland mit 17 Atomkraftwerken. Hinzu kommen natürlich in allen Ländern auch noch die Forschungsreaktoren und Anlagen zur Kernbrennstoffver- und entsorgung.

Die 17 Atomkraftwerke in Deutschland produzieren jährlich rund 400 Tonnen hochradioaktiven Atommüll, das heißt ca. 1377kg pro Tag. Weltweit beträgt dieser Wert wahrscheinlich das 15-fache.

MK



Kurzmeldung

Über Managergehälter

In diversen Talkshows und Interviews rechtfertigen Manager ihre exorbitanten Gehälter und Bonuszahlungen häufig damit, dass sie international wettbewerbsfähig sein müssten. Es finde sonst ein sog. »Brain drain« statt, d.h. sie würden von anderen großen Unternehmen abgeworben werden. Die gewerkschaftsnahe Hans-Boeckler-Stiftung hat diese Behauptung nun als Mythos widerlegt. In den Vorstandsetagen der weltweiten Top-Unternehmen sitzen fast nur Menschen aus demselben Sprach- und Kulturraum. Im Jahre 2005 gab es in Deutschland bei den 100 Top-Unternehmen nur neun ausländische Vorstandsvorsitzende. Einen globalisierten Arbeitsmarkt für Manager gibt es nicht.

- Glosse -

„Zeit, dass sich was dreht!“

Wie schön! Endlich wieder Fußball-WM! Natürlich, wer hat sie denn nicht vermisst, diese grölenden Halbstarken, die laut singend durch die Straßen ziehen, auf der Fanmeile ihre Fahnen schwingen (sowohl die Schwarz-Rot-Goldenen als auch die vom Bier) und mit größter Präzision die S-Bahn-sitze vollbrechen, denn sie wollten ja „wippen, wippen, wippen!“.

Bedauerlicherweise werden sich diese Sing- und S-Bahnbrechgemeinschaften 2010 auf wenige Fanmeilen in Berlin begrenzen, da die Fußball-WM das erste Mal in ihrer 80-jährigen Geschichte auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden wird. Für einen Monat blickt die ganze Welt auf Südafrika und wird dort nicht nur Fußballspiele der Extraklasse zu sehen bekommen, sondern darf auch zusehen, wie das Land in einer einzigen großen, bunten Party versinkt.

Die Medien werden diese Party natürlich in aller Ausführlichkeit dokumentieren, damit wir dann auch ja wissen, welche Fans, aus welchem Land die schönsten Fangesänge mit den schönsten Reimen hatten, welche Nation am meisten Bier konsumiert hat und nicht zu vergessen, welche Nation die schönsten Frauen mit nach Südafrika brachte!



Das sind doch schließlich Themen, die die Welt bei so einem Großereignis interessiert! Wer will schon daran erinnert werden, dass Südafrika eines der Länder mit der höchsten Kriminalitätsrate ist, wo Mord (von 1994 bis 2006 wurden ca. 420.000 Menschen getötet), Totschlag, Vergewaltigung (statistisch gesehen muss jede zweite südafrikanische Frau damit rechnen, vergewaltigt zu werden) und Körperverletzung zur Tagesordnung gehören? Geschweige denn,

dass man Berichte über Opfer solcher Gewalttaten sehen will oder sich Gedanken darüber macht, wie viele Sicherheitskommandos und Personen-/Begleitschützer gebraucht werden, um die einzelnen Nationalmannschaften, Betreuer, Funktionäre, etc. sicher von einem Ort zum anderen zu bringen!

Die Bewegungsfreiheit der Spieler läuft quasi gegen Null und auch Sightseeing Touren sollten besser nur mit einem kugelsicheren Mannschaftsbus unternommen werden! Wen interessiert es denn, dass in Südafrika die Schere zwischen Armen und Reichen immer weiter auseinandergeht und durch die Fußball-WM soziale Ungleichheiten weiter verstärkt werden? Bilder von hungernden Kindern sieht man schließlich in der Weihnachtszeit genug!

Da passen Fakten wie die Schaffung von 129 000 Arbeitsplätzen durch die WM doch viel besser ins Weiße-Weste-Image. Inwieweit diese jedoch nach der WM erhalten bleiben oder doch eher die Arbeitslosenquote erneut auf 30 Prozent hochschrauben, bleibt abzuwarten. Auch bezüglich der circa 21 Milliarden Rand (rund 1,9 Milliarden Euro), die die Fußballweltmeisterschaft zum Bruttoinlandsprodukt von Südafrika beitragen wird, kann man nur hoffen, dass die südafrikanische Regierung das Geld auch wirklich zur Bekämpfung der Armut und des Hungers nutzt.

Ja und dann ist da nur noch eine Kleinigkeit, die über 5 Millionen Menschen in Südafrika betrifft, gerne tabuisiert und nur so am Rande erwähnt wird: Aids. Aber da die Fußballfans beim Feiern und ausgiebigen Alkoholkonsum selbstverständlich immer an Prävention denken und schon lange verinnerlicht und begriffen haben, welche Folgen eine Ansteckung mit dem HI-Virus für sie bedeutet, sollten wir uns da keine Sorgen machen! Hauptsache der Tourismus boomt!

Nein, es ist in keinster Weise einfach, Ausrichter eines solch großen Sportevents zu sein und verständlicherweise muss Südafrika diese Chance ergreifen, um sich in der Welt bestmöglich zu präsentieren.



Zu Gast bei Mandela

Bestmöglich jedoch darin, sich authentisch und realistisch zu zeigen, denn seien wir doch mal ehrlich: Südafrika steht während dieser Fußball-WM nicht nur für sich allein als Land, sondern für ganz Afrika. Alles was wir im Fernsehen sehen, im Radio hören, in den Zeitungen lesen werden, werden wir unbewusst mit ganz Afrika in Verbindung setzen.

Geht es den Menschen in Südafrika gut, geht es denen auf dem Rest des Kontinents auch gut. Wie fatal wäre da das Bild einer einzigen großen, bunten Party!?

Südafrika ist privilegiert. Es ist seit 1994 im „Club der westlichen Demokratien“ aufgenommen, unterhält unheimlich gute wirtschaftliche Beziehungen zur EU und den USA (man darf sich da noch mal fragen, warum die WM nach Südafrika vergeben wurde) und besitzt durch diesen wirtschaftlichen „Wohlstand“ eine Hegemonie in Afrika, die es nun aber auch zu nutzen gilt! Vielleicht überrascht uns Südafrika genauso, wie uns die afrikanischen Staaten auf der Klimakonferenz in Kopenhagen überrascht haben, als sie sich dem Druck der Industriestaaten nicht beugten, mag es nun an der richtigen Stelle gewesen sein, oder nicht!

Vielleicht überrascht uns Südafrika und wird nicht das Bild einer heilen Welt abgeben, so wie es allgemein erwartet wird. Vielleicht überrascht uns Südafrika und wird Armut, Hunger, Aids und die Folgen der globalen Erwärmung in seiner Brutalität und Grausamkeit darstellen, wie es bisher einfach zu wenig getan wurde und vielleicht wird Südafrika auch Fußballweltmeister.

MK

Politisches Neusprech

- Einzelfall -

George Orwell stellte durch sein Buch „1984“ die These auf, dass, wer die Sprache gezielt verändert, damit sogleich das Denken in eine bestimmte Richtung lenken will. Sollten wir so denken, wie wir sprechen, so ist eine Sprachmanipulation zugleich auch immer eine Gedankenmanipulation. In dieser Rubrik sollen Begriffe im politischen Alltag näher erläutert und kritisch analysiert werden.

„Schlecker ist kein Einzelfall“ - Meldung aus dem Focus vom 12. Januar 2010

„Bei dem Angriff auf den Deutsch-Afrikaner Ermyas M. in Potsdam im Frühjahr 2006 sprachen Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) sowie sein Parteifreund Wolfgang Schäuble von einem Einzelfall“
- Bericht aus Spiegel-Online vom 20. April 2006

"Es war eine Illusion zu glauben, Korruption in Deutschland käme nur im Einzelfall vor."

- Sylvia Schenk, Präsidenten von Transparency International (TI), in der Netzzeitung vom 18. November 2007

Der sog. Einzelfall soll aufzeigen, dass ein Ereignis einzigartig sei. Im Gegensatz zu Massenphänomenen, wie z.B. dem sog. „public viewing“ bei der Fussball-WM, der Massenarbeitslosigkeit oder den Volksdrogen Kaffee und Zigaretten, tritt der Einzelfall vermeintlich selten auf. Ab wann ein Einzelfall zu einem größeren Phänomen wird, ist nicht eindeutig definiert, sondern liegt vielmehr im Auge des Betrachters. Viele Akteure sprechen gern und häufig von Einzelfällen, um keine Verantwortung übernehmen und nicht handeln zu müssen. Die Argumentation dahinter ist die, dass eine strukturelle Veränderung nur Sinn mache, wenn ein Phänomen häufiger als einmal aufträte. Bekannte Beispiele der Einzelfallthese sind rechtsextreme Übergriffe auf Ausländer, Steuerhinterziehung und Korruption von Unternehmen, übertriebene Disziplinierungen bei der Bundeswehr sowie Ausbeutungsverhältnisse durch Praktika, Zeitarbeit und Mini-Jobs. Auch wenn von vielen Beobachtern, Medien und Wissenschaftlern ein Ereignis den Status des Einzelfalles schon längst nicht mehr besitzt, wie z.B. bei rechtsextremen Übergriffen in den neuen Bundesländern oder der Ausbeutung durch Praktika, so klammern sich viele an die Einzelfallthese, um ein Problem zu verharmlosen. Das Schlagwort wird so zu einem Instrument, um eine politische Handlung zu verweigern.

by epikur



www.zeitgeistlos.de

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftlose Gesellschaft



www.graswurzel.net

Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947
Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351,
abo@graswurzel.net

GWR Nr. 349, Mai: Schwerpunkt „Wir brauchen eine Anti-Atom-Revolution!“, Renaissance der Atomindustrie in Britannien und den Niederlanden? ; Schiris im Internet: Wikileaks; Malcom McLaren (1946-2010); Krieg in Afghanistan; Chile nach dem Beben; ANARCHIE!, Interview mit Konstantin Wecker (Teil 2), Noam Chomsky; Concert for Anarchy, u.v.m.

Anzeige

Freitag, 11. Juni 2010, 19:00 Uhr in Berlin Ein zweites Bankenrettungspaket – Griechenland am Ende Reihe „Europa von links“

Mit einem 110 Mrd. Euro-Paket für die nächsten drei Jahre soll Griechenland wieder auf die Beine kommen. IWF und Eurozone stellen dafür härteste Bedingungen: Weitere Renten- und Lohnkürzungen, Schließungen von Krankenhäusern und eine weitere Erhöhung der Verbrauchssteuern. Allein für 2010 wird Griechenland ein Rückgang der Wirtschaft um 4% prognostiziert. Währenddessen gerät die gesamte Eurozone durch Spekulationen in Gefahr. Der deutsche Anteil des Kreditpakets beläuft sich auf 22 Mrd. Euro. Auf Drängen der Bundesregierung hin beteiligten sich die Deutsche Bank und andere, in dem sie weitere Millionenkredite an Griechenland ausreichen. Der Fall Griechenland steht für einen zweiten Bankenrettungspakt. Die Bevölkerung zahlt für die Krise. Die Banken werden erneut gerettet. Die Wetten auf den Staatsbankrott weiterer Staaten gehen weiter.

Referent: Andreas Wehr, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament (Ausschuss Wirtschaft und Währung), Moderation: Martin Hantke, Eintritt: 1,50 Euro
Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Samstag, 19. Juni 2010, 14:00 bis 17:00 Uhr Antimilitaristische und Antifaschistische Orte um den Rosa-Luxemburg-Platz DenkMalTour

Der heutige Rosa-Luxemburg-Platz hat viel erlebt. Große Kundgebungen der KPD und der antifaschistischen Verbände, aber auch die Stürmung durch Polizei und SA in den 30er Jahren. Mit dem Karl-Liebknecht-Haus, der Torstraße, dem Scheunenviertel und den Prenzlauer Berg befinden sich um den Rosa-Luxemburg-Platz viele historische Orte mit antifaschistischer und antimilitaristischer Tradition. Während der DenkMalTour werden wir uns auf die historischen und aktuellen Spuren dieser Geschichte begeben und uns diesen Teil von Berlin anschauen.

Führung durch: Judith Demba-Fernandez Rios, Leitung: Janeta Mileva, Michael Popp
Gemeinsam mit den Naturfreunden Berlin, OG Adelante
Treffpunkt: Rosa-Luxemburg-Platz (Vor der Volksbühne)
Kosten: 1,50 Euro

Helle Panke
Kopie

"Helle Panke" e.V. - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
Kopenhagener Straße 76
10437 Berlin - Prenzlauer Berg
Tel.: 030 / 47 53 87 24
Fax: 030 / 47 37 87 75
www.helle-panke.de
info@helle-panke.de

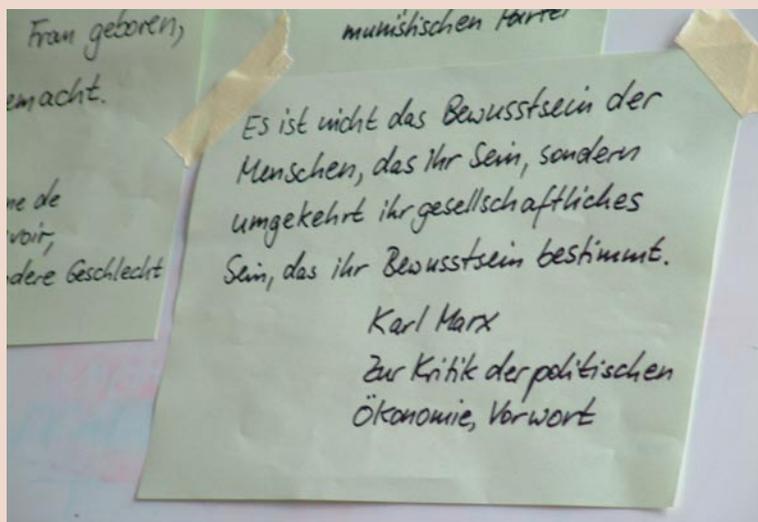
16. bis 19. August 2010

Sommerworkshop der Jungen Panke

Zwischen Reform und Revolution - politisches Handeln in Widersprüchen

Das Ziel ist klar: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassen-Gegensätzen tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist.« (Marx und Engels im Kommunistischen Manifest) Umstritten aber ist, welche Wege zu diesem Ziel führen. Deshalb ist die Geschichte der Linken geprägt von Auseinandersetzungen um die konkreten Formen und die Radikalität der jeweils in Angriff genommenen gesellschaftlichen Veränderungen.

Sie setzen sich fort bis in jede einzelne Strategiedebatte, jedes politischen Handeln. Wie weit kommen wir denn mit dem Parlamentarismus? Mit der Gremienarbeit im AStA, in der SchülerInnen-Vertretung? Wie weit mit der Blockade von Nazi-Aufmärschen, mit der 1.-Mai-Demo in Kreuzberg? -- Für solche Fragen und mögliche Antworten nehmen wir uns vier Tage Zeit. In der Theorie wollen wir einen Bogen von Marx über Luxemburg und Gramsci bis zu neueren Diskussionen über radikale Realpolitik spannen. In praktischen Politik-Analysen wollen wir als Beispiele die aktuelle Weltwirtschaftskrise, Auseinandersetzungen um die Bildungspolitik und neuere Formen antirassistischer/antifaschistischer Politik untersuchen. Aber unser Programm ist nicht in Stein gemeißelt: Wenn Ihr kommen wollt, schreibt uns ruhig, falls Ihr weitere Text- und Themen-Vorschläge habt.



Technix:

Ort -- Werftpfuhl bei Berlin, Team -- Dr. Klaus Lederer und Nancy Wagenknecht, Altersgrenze -- 27 Jahre, Kosten -- 20 Euro (bitte Bescheid geben, wenn das ein Problem ist), mitbringen -- Interesse an linker Theorie und Politik, rechtzeitige Anmeldung -- wichtig!

weitere Termine auf www.rotorn.org

Das Tier in uns

Vergessen hab ich sie nie, unsere Heimat, so schön
und so uralt,
wo heut am See ich niederknien, hier im tiefsten,
dunklen Wald.

Sterben will ich nun, in stiller Einsamkeit,
so hoffnungsvoll, trotz unerfülltem Liebesreiz.

Wo Fischlein Abends ihre Nahrung fingen,
hier, am Bergsee, wo die drei Tannen stehen,
hörte dieser Ort ihr leises, frohes Singen:
"In jedem Menschen steckt ein wildes, schönes Tier,
in jedem Menschen steckt ein Stück Natur,
vergessene Wälder, ich rufe euch,
einfaches Leben, ich sehne mich nach dir!"
...und sie griff verlangend meine Hand,
zeigte mir winzig, kleines Wassergetier
und auf dem glitzernd Spiegelbild,
fand ich die nie geglaubte Schönheit tief in ihr.

Es war ein liebes Menschengesicht,
doch ich musste fort
und uns trennte das moderne, kalte Feindeslicht.

Heut holt mich unsere Heimat nun zurück,
wo ich mal fand, mein vergangenes, kurzes Liebesglück.
Sterben will ich nun, in stiller Einsamkeit,
So hoffnungsvoll, trotz unerfülltem Liebesreiz.

Wo sie mich einst genommen, an die Hand
und mir hier gezeigt, was ruht, liebenswertes tief in
mir,
fand ich auf mein glitzernd Spiegelbild,
was ich ihr damals noch alles hätte geben können,
als wildes schönes Tier.

Ralf

ROTDORN RADIO

ist ein politisches Jugendmagazin.
Jede Sendung hat einen aktuellen
Themenschwerpunkt. Zu diesem
Schwerpunktthema werden verschiedene
Beiträge gestaltet, Studiogäste eingeladen,
Interviews gesendet und dazu passende
Musik gespielt. Außerdem wird über
bevorstehende Aktionen informiert.



ALSO: EINSCHALTEN

An jedem zweiten Dienstag
(jede gerade Kalenderwoche)
von 20 bis 21 Uhr
im Kabelradio auf 92,6 und
im Internetlivestream auf
www.alex-berlin.de/radio



**Alle Sendungen als mp3-file zum Download unter:
www.ROTDORN.org**